



In militärischen Diensten

Zivile und militärische Interessen an Atomkraft sind aufs Engste miteinander verwoben – bei herkömmlichen AKW-Neubauten ebenso wie bei der Entwicklung neuartiger Reaktoren

Schwerpunkt Seite 6–11

INES 2

Neckarwestheim-Risse sind „Störfall“, die Gefahr akut – sagt ehemaliger Leiter Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium

Seite 12–13

Grünes Geld

Die Atomlobby setzt in der EU alle Hebel in Bewegung, um AKW als „nachhaltig“ zu labeln – was fatale Folgen hätte

Seite 18–19

Explosiv

Alle schwärmen vom Wasserstoff als Weg in die klimaneutrale Zukunft. Doch wer nicht aufpasst, bekommt am Ende neue AKW

Seite 20

Inhalt

3 Editorial

4 Anti-Atom-Meldungen

6 Atomkraft, Kriegsspielzeug und Klima-Blabla

Einleitung | Hinter zahlreichen Projekten für den Bau neuer AKW und die Entwicklung neuer Reaktoren stehen handfeste militärische Interessen. Die Verquickung zwischen zivilem und militärischem Sektor zieht sich bis auf die Personalebene

8 Atomstrom fürs Schlachtfeld

Hintergrund | Kleine, modulare Reaktoren sind vor allem fürs Militär interessant. Das nutzt sie seit Jahrzehnten als U-Boot-Antrieb – und träumt zum wiederholten Mal von mobilen Mini-AKW

10 Proliferationsrisiken „neuer“ Reaktoren

Hintergrund | „Neue“ Reaktorkonzepte, etwa der „Generation IV“, oder kleine modulare Reaktoren vergrößern die Gefahr der Weiterverbreitung von radioaktivem Material

12 Der unerkannte Störfall

Hintergrund | Ex-Bundes-Atomaufseher fordert, AKW Neckarwestheim-2 sofort vom Netz zu nehmen: Es bestehe die akute Gefahr eines schweren Atomunfalls. Die Risse seien als INES-2-Ereignis einzu-stufen, offiziell: „Störfall“

14 Im falschen Zug

Hintergrund | Mehrheits- und Machtspiele dominieren die Teilgebiete-Konferenz, geologische Daten bleiben unberücksichtigt. Mit einem fairen Suchverfahren hat das nichts zu tun. Betroffene wenden sich enttäuscht ab

16 „Strahlung ist auch in niedriger Dosis nicht unbedenklich“

Porträt | Marie Weigenand, Jahrgang 1986, engagiert sich in der Bürgerinitiative „Lübeck ohne Atomschutt“ gegen die Deponierung von radioaktivem AKW-Abrissmaterial – und für eine Diskussion darüber, wie es langfristig sicher gelagert werden kann

18 Kampf um die Pfründe

Hintergrund | In der sogenannten Taxonomie will die EU definieren, welche Wirtschaftstätigkeiten als nachhaltig anzusehen sind. Pro-Atom-Lobbygruppen und atomfreundliche Länder kämpfen mit aller Macht darum, dass auch Atomkraft dieses begehrte Label bekommt

20 Atomare Hoffnung

Hintergrund | In einem klimaneutralen Europa wird Wasserstoff eine wichtige Rolle spielen. Doch setzt sich die Atomlobby durch, könnte der für die Wasserstoff-Erzeugung benötigte Strom am Ende nicht nur aus erneuerbaren Energien stammen – sondern auch aus AKW

21 .ausgestrahlt-Shop

22 Rückblick

24 Atomkraft auf dem Rückzug

Infografik | 49 von 165 Atomkraftwerken in der EU, also fast jedes dritte, ging in den letzten 20 Jahren vom Netz

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen Atomkraftgegner*innen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

Mehr als 3.700 Förder*innen legen mit ihrer regelmäßigen kleinen oder großen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank!

ausgestrahlt.de/foerdern

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein derzeit 19-köpfiges Team von Ehrenamtlichen und Angestellten.

ausgestrahlt.de/ueber-uns

Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.

ausgestrahlt.de/newsletter

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu – auch Dir. Möchtest Du es nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis. ausgestrahlt.de/magazin

Neu bei .ausgestrahlt

Timo Luthmann hat sich zuletzt viele Jahre für Klimagerechtigkeit und nachhaltige Landwirtschaft engagiert. Seit März verstärkt er als Elternzeitvertretung das .ausgestrahlt-Team unter anderem im Bereich Klima und Atom.



Foto: privat

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.

IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00

BIC: GENODEM1GLS GLS Bank

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Impressum

.ausgestrahlt

Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
ausgestrahlt.de

Redaktion: Angela Wolff, Armin Simon, Jochen Stay

Bildredaktion: Kina Becker

Mitarbeit: Anna Stender, Carolin Franta, Eva Stegen, Julian Bothe, Jürgen Rieger, Resi Bönig, Sarah Lahl, Timo Luthmann, Ute Bruckart

Gestaltung: Holger M. Müller (holgermmueller.de); Entwurf:

Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender

Druck: Vettters, Radeburg, auf Recyclingpapier

Auflage: 20.000

V.i.S.d.P.: Jochen Stay

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie



Foto: bertrussell

Wasserstoff in gelben Flaschen – oder „gelber“ Wasserstoff aus Atomstrom?

Getarnt und unterm Radar

Liebe Leser*innen,

vom medialen Interesse an den runden Jahrestagen von Fukushima und Tschernobyl einmal abgesehen kann man in diesen Monaten leicht den Eindruck gewinnen, dass Atomkraft für die Politik kein Thema mehr ist. Das ist fatal, wie sich etwa in Neckarwestheim zeigt, wo sich seit Jahren Risse im Reaktor bilden und die (grüne!) Landesregierung das klaglos akzeptiert. Dabei sind die Risse alles andere als harmlos, wie ein ehemaliger Bundes-Atominspektor jetzt bestätigt hat: die Gefahr ist akut und die Risse als veritabler INES-2-Störfälle einzustufen (Seite 11–12). Was muss noch passieren, bevor die Atomaufsicht in Stuttgart endlich Konsequenzen zieht?

Auf europäischer Ebene hingegen haben Atomkraft-Lobbyist*innen gerade Hochkonjunktur. Grund ist der „Taxonomie“ genannte Kriterienkatalog für nachhaltige, „grüne“ Geldanlagen,

über den die EU aktuell verhandelt. Das ist weit mehr als nur ein Ökolabel fürs Sparbuch. Die EU-Taxonomie ist die vielleicht entscheidendste Weichenstellung für oder gegen Atomkraft für die kommenden Jahrzehnte. Sie wird maßgeblich mit beeinflussen, welchen Stellenwert Atomkraft im künftigen Energiesystem bekommt, in welchem Ausmaß Laufzeiten verlängert oder gar neue AKW entwickelt und gebaut werden. Denn wenn es drei Dinge gibt, deren die Atomindustrie dringend bedarf, um mittelfristig zu überleben, dann sind das: Image, Geld und flexible Großverbraucher. Alle drei Punkte werden von der EU-Entscheidung zur Taxonomie abhängen, zumindest in Europa. Wobei es gut möglich ist, dass deren Kriterien am Ende sogar weltweit ausstrahlen.

Kein Wunder, dass die Atomkraft-Fans auf europäischer Ebene und nukleare Lobbyorganisationen seit Monaten alle Hebel in Bewegung setzen, um Atomkraft – und aus Atomstrom

erzeugten „gelben“ Wasserstoff – im Rahmen der EU-Taxonomie als „kohlenstoffarme“ und somit „nachhaltige“ Technologie zu labeln und das EU-weit festzuschreiben. Die Bundesregierung kann und muss das verhindern! Sorgen wir dafür, dass sie es auch tut (Seite 18–20).

Es gebe nur ein „begrenzttes Fenster“ für die Weiterentwicklung der Atomkraft, räumte der Chef des von Bill Gates finanzierten AKW-Startups Terrapower unlängst auf einer Industriekonferenz ein, andernfalls werde sie von Wind- und Solarenergie „verdrängt“ werden. Angesichts dessen kommen den AKW-Entwicklern auch kriegerische Interessen an ihrer Technik gerade recht. In welchem Maß die zivile Atomkraftnutzung mit der militärischen verwoben ist, beschreibt unser Titelthema auf Seite 6–11.

*Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Team*



Foto: Jan Becker

Grenzwerte massiv überschritten

Einen sofortigen Baustopp des Atommüllprojekts Schacht Konrad fordert das „Bündnis Salzgitter gegen KONRAD“. Zwei Expertisen legen dar, dass das in dem ehemaligen Eisenerzbergwerk unter Salzgitter geplante Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle nach heutigen Maßstäben nicht genehmigungsfähig wäre. Die erlaubte und zu erwartende Strahlenbelastung der Anwohner*innen durch die seit den 1980er-Jahren geplante Atommüllkippe ist vielmehr bis zu 30mal größer als nach heutigen Regeln zulässig. Die Gutachter kritisieren, die vom Atommüll-Bundesamt (BaSE) gestartete „Überprüfung der sicherheitstechnischen Anforderungen“ ignoriere den Stand von Wissenschaft und Technik in wesentlichen Fragen. „Solange nicht bewiesen ist, dass Schacht Konrad den heutigen Anforderungen an ein tiefengeologisches Lager für radioaktive Abfälle entspricht, dürfen keine weiteren Fakten geschaffen und keine weiteren Gelder in der Tiefe versenkt werden“, verlangte der Oberbürgermeister von Salzgitter. Die Expertisen gibt's unter salzgitter.de/baustopp-konrad

Uranabbaugegner*innen gewinnen Grönland-Wahlen

Ihr Festhalten an einem Tagebau-Projekt für Uran und seltene Erden im Süden Grönlands hat die jahrzehntelang regierende sozialdemokratische Partei Grönlands Siumut ihre Regierungsmehrheit gekostet. Ihr bergbaufreundlicher ehemaliger Koalitionspartner Demokraatit stürzte von 20 auf 9 Prozent ab. Wahlgewinner waren die Parteien, die sich klar gegen die von einem australischen Bergbaukonzern geplante Mine positioniert hatten, allen voran die sozialistische Inuit Ataqatigiit (IA), die ihren Stimmenanteil um elf auf knapp 37 Prozent steigern konnte. Die Bergbaupläne für das Kvanefjeld sollen nun endgültig beerdigt werden. „Wir riskieren ansonsten, in einem Land zu leben, das für nichts mehr genutzt werden kann. Wo man nicht jagen oder fischen kann, weil alles verstrahlt ist“, sagte die IA-Vizevorsitzende Mariane Paviasen. Einer aktuellen Umfrage zufolge lehnen 71 Prozent der Grönländer*innen das Minenprojekt ab.



Uranbergbau-Sanierung verschlingt weitere 2,1 Milliarden

Die vom Bund getragenen Kosten für die Sanierung der Hinterlassenschaften des Wismut-Uranbergbaus in Sachsen und Thüringen steigen von 6,8 auf rund 9 Milliarden Euro. Selbst wenn die „Kernsanierung“ 2028, nach fast 40 Sanierungsjahren, beendet werde, müsse an fast allen Standorten noch jahrzehntelang schadstoffbelastetes und radioaktives Wasser abgepumpt und gereinigt werden, teilte die mit der Sanierung beauftragte Wismut GmbH mit. Für die Sanierung gilt aus Kostengründen noch das alte DDR-Strahlenschutzrecht.



Foto: Günter Zint

UN-Ausschuss rechnet Krebserkrankungen schön

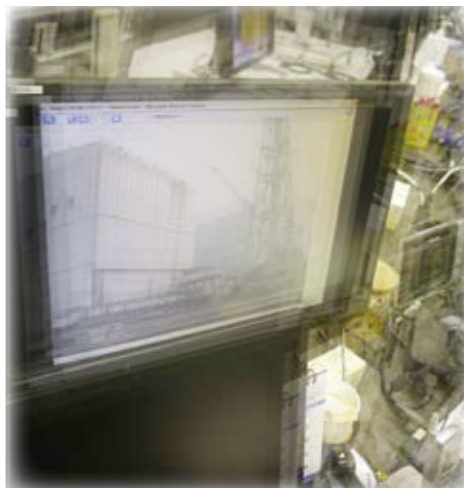
Auf harsche Kritik ist der jüngste UNSCEAR-Bericht zu den gesundheitlichen Folgen der Reaktor-katastrophe von Fukushima gestoßen, demzufolge der Super-GAU nur „geringe“ gesundheitliche Auswirkungen habe. Die Ärzt*innen gegen Atomkrieg (IPPNW) kritisierten, das ausschließlich durch Atomenergie-Staaten besetzte UN-Gremium habe die externe und interne Verstrahlung der Bevölkerung und der Arbeiter*innen schön gerechnet, die besondere Strahlenempfindlichkeit von Embryos sowie strahlenbedingte Nicht-Krebserkrankungen ignoriert und die Folgen ionisierender Strahlung auf die menschliche Gesundheit bewusst verzerrt dargestellt. Mit seriöser Wissenschaft habe das nichts zu tun.

Der renommierte Strahlenschutz-Experte Ian Fairlie rechnete derweil vor, dass bei der von UNSCEAR angegebenen Schilddrüsendosis von 44.000 Personen-Gray durch das in Fukushima freigesetzte radioaktive Jod in den kommenden Jahrzehnten 38.000 Schilddrüsenkrebsfälle zu erwarten seien, die eine lebenslange medikamentöse Behandlung der Betroffenen erforderten. Die von UNSCEAR angegebene Ganzkörperdosis von 32.000 Personen-Gray lasse darüber hinaus allein 3.200 Krebstote erwarten.

fukushima-disaster.de

Erdbeben beschädigt Kernschmelz-Reaktoren

Das schwere Erdbeben vom 13. Februar hat entgegen anderslautender erster Berichte doch zu relevanten Schäden an den havarierten Reaktoren des AKW Fukushima-Daiichi geführt. Das räumte der Atomkonzern TEPCO Ende März ein. Im Reaktor #1 haben sich demnach neue Risse gebildet, die den Wasserstand im Innern schneller sinken lassen. Um die Kühlung der zehn Jahre nach dem Super-GAU immer noch heißen Brennelement-Schmelze zu gewährleisten, muss seither täglich ein Drittel mehr Wasser in den Reaktor gepumpt werden.



Fukushima-Daiichi, Reaktor #1

Foto: IAEA Imagebank / Flickr

AKW Beznau jahrzehntelang ohne Erdbebenschutz

Im Schweizer AKW Beznau, zehn Kilometer südlich von Baden-Württemberg gelegen, wären mindestens zwischen 2009 und 2017 im Falle eines starken Erdbebens möglicherweise sämtliche sechs angeblich erdbebensicheren Notstromdiesel ausgefallen. Wie erst jetzt herauskam, waren im Jahr 2009, anders als dokumentiert, die vorgeschriebenen Schockabsorber gar nicht montiert worden. Vier der sechs Dieselgeneratoren wurden dann 2015 durch neue Modelle ersetzt. Auch dabei passierten Fehler, so dass sie, wie sich dann 2017 zufällig herausstellte, tatsächlich gar nicht betriebsbereit waren. Die Schweizer Atomaufsichtsbehörde ENSI beschwichtigte damals, es seien ja noch zwei weitere Aggregate vorhanden – eben jene, denen, wie sich nun herausstellte, die Schockabsorber fehlten. Die Schweizerische Energiestiftung (SES) forderte Aufklärung: Nicht auszuschließen sei, dass die Schockabsorber von Anfang an fehlten und das AKW seit seiner Inbetriebnahme keinen Erdbebenschutz aufgewiesen habe.



Foto: Roland Zumbühl

Fukushima, Tschernobyl und wir

Zum zehnten und 35. Jahrestag der Atomkatastrophen von Fukushima und Tschernobyl hat .ausgestrahlt die Ausstellung „Fukushima, Tschernobyl und wir“ aktualisiert und ins Netz gebracht. Die Bilder, Grafiken und Fakten zu den beiden größten Atomkatastrophen bisher lassen sich nun auch online in einer Multimedia-Darstellung betrachten:

ausgestrahlt.de/virtuell/fukushima-tschernobyl-und-wir/



Die ebenfalls aktualisierte Papierversion auf 15 DIN-A1-Plakaten kannst Du per E-Mail an shop@ausgestrahlt.de bestellen. .ausgestrahlt unterstützt Dich gerne dabei, die Ausstellung in Deinem Ort bekannt zu machen.



Verschlussache Brennelemente-Fabrik Lingen

Der staatliche russische Atomkonzern Rosatom will in die Brennelementefertigung in Lingen einsteigen. Die Unterlagen zum Investitionsprüfverfahren stuft die Bundesregierung als Verschlussache ein. „Was will die Atomindustrie in Lingen vor der Öffentlichkeit verbergen?“, fragen Atomkraftgegner*innen. Die Grünen kritisierten, Rosatom sei auch für militärische Atomprojekte zuständig. Die Regierung müsse sicherstellen, dass kein Risiko einer militärischen Nutzung von Spaltstoffen und Dual-Use-Gütern bestehe. Schon die Exporte von angereichertem und angereichertem Uran an Rosatom-Tochterfirmen in der Vergangenheit seien rechtswidrig.

atomstadt-lingen.de



„Seawolf“-Atom-U-Boot der US-Marine

Foto: U.S. Department of Defense / wikimedia

Atomkraft, Kriegsspielzeug und Klima-Blabla

Einleitung | Hinter zahlreichen Projekten für den Bau neuer AKW und die Entwicklung neuer Reaktoren stehen handfeste militärische Interessen. Die Verquickung zwischen zivilem und militärischem Sektor zieht sich bis auf die Personalebene. Ein Blick nach Großbritannien, Frankreich und in die USA

Das Vereinigte Königreich ist derzeit nicht in der Lage, es hat weder die finanziellen noch die personellen Ressourcen, um beide Programme isoliert zu entwickeln.“ Die Rede ist von der Ausbildung von Nuklearfachkräften – für die Atomstromproduktion einerseits und die Atomstreitkräfte andererseits. Das brisante Zitat stammt aus einer Anhörung im britischen Unterhaus 2008. Die geladenen Vertreter*innen von Reaktorbauern, Ingenieursvertretungen, Rüstungskonzernen und Ausbildungsinstituten waren zuvor aufgemuntert worden: „Sprechen Sie ruhig ganz offen, es hört uns niemand zu.“ Ihre Expertise wurde

gebraucht, um die Erneuerung des AKW-Parks zu organisieren – als Infrastrukturgarant und Kostendämpfer für die nukleare Abschreckung der Atommacht.

Das offenerzige Statement stammt vom Vertreter des Dalton Nuclear Institutes, einer großen kerntechnischen Forschungs- und Ausbildungsstätte. Der hatte zuvor erklärt: „In der Vergangenheit wurde das militärische Programm weitgehend isoliert vom zivilen Programm entwickelt. Aus Rücksicht auf Geheim-Informationen.“ Die Ausbildung jedoch war de facto dual, er beschrieb das Prinzip wie ein System kommunizierender Röhren, in dem die jeweiligen Fachkräfte

zwischen dem zivilen und dem militärischen Bereich hin- und herwechseln können, und betonte: „Diese Verbindung muss allerdings mit Vorsicht behandelt werden, um die Wahrnehmung zu vermeiden, dass das zivile und das militärische Atomprogramm ein und dasselbe sind.“

Das teuerste Atomkraftwerk der Welt

Inzwischen ist hinlänglich bekannt, dass die britische Regierung bar jeder energiewirtschaftlichen Vernunft den Bau des teuersten Atomkraftwerks der Welt angezettelt hat: Hinkley Point C. Wer allerdings weiß, dass das Militär ansonsten nicht in der Lage wäre, die Atomreaktoren zu erneuern, die die nuklearen U-Boote und Flugzeugträger antreiben, dem erschließt sich die Logik: Die britische Fridays-for-Future-Generation wird noch bis zum Rentenalter mit ihrem Stromgeld das Atom-U-Boot-Programm quersubventionieren. Nur aus Sicht der Militärs ist das ein guter Deal.

Um die Rolle der nuklearen Ausbildungsinfrastruktur besser zu verstehen, hilft eine gemeinsame Stellungnahme der Institution of Nuclear Engineers (INuCE) und der British Nuclear Energy Society (BNES): *„Die Frage der Überschneidung zwischen Zivilem und Militärischen kann in zwei Bereiche unterteilt werden: Waffen und Atom-U-Boot-Antrieb.“* Ein wichtiger Punkt, denn die Glaubwürdigkeit ihrer nuklearen Abschreckung, auf die die Briten allergrößten Wert legen, steht und fällt mit dem nuklearen Antrieb ihrer mit Atomraketen bestückten U-Boote. Nur dank diesem sind sie in der Lage, unbemerkt die Weltmeere zu durchkreuzen. *„Es gibt ein größeres Maß an Gemeinsamkeit zwischen Ingenieuren, die in der zivilen Atomkraft arbeiten, und denen, die an Antriebssystemen für U-Boote beteiligt sind.“* Im Unterschied dazu haben diejenigen, die an Atomwaffen arbeiten, „mehr mit Atomphysik zu tun als mit Energietechnik.“

Praktische Beispiele für die Durchlässigkeit in der zivil-militärischen Ausbildungsinfrastruktur gibt es reichlich bei Atommächten. So hatte beispielsweise der damalige Chef des Reaktorbauers Areva UK, Robert Davis, als er in einem Gastbeitrag für den „Guardian“ die Leser*innenschaft mit Falschinformationen zu den Kosten seines AKW-Neubauprojektes vom Typ „EPR“ in Hinkley Point fütterte, bereits eine 25-jährige Navy-Karriere als Kriegsschiff-Kommandant hinter sich. Danach war er im Verteidigungsministerium für die Budgetplanung zuständig. Einer, der so genau weiß, wo der Schuh

drückt, erklärte den „Guardian“-Leser*innen frech, es ginge um Energieversorgung und es würden keine staatlichen Subventionen benötigt.

Nun ist die Idee des EPR, die Kosten pro Kilowattstunde durch die zunehmende Größe des Reaktors zu senken, schon andernorts krachend gescheitert, auch in Frankreich, dem EPR-Mutterland. Dennoch will die freundliche Atommacht von nebenan ab 2025 sechs neue EPR bauen, weil dies *„ein Anliegen für zivile Tätigkeiten, aber auch für die Verteidigung – mit dem Atomtrieb von U-Booten und Flugzeugträgern“* sei, wie ein militärisches Geheimdokument belegte, das 2018 an die Zeitung „Les Echos“ durchgestochen wurde. Die beiden Verfasser des Dokuments haben jeweils beeindruckende zivil-militärische Drehtür-Karrieren hinter sich, mit Stationen unter anderem beim staatlichen Stromversorger EdF, im Rüstungsbeschaffungsbüro des Verteidigungsministeriums und beim Hersteller von nuklearen U-Boot-Antrieben TechnicAtome. Beim zivilen Reaktorbauer hat man das Kostenfiasko offenbar auch erkannt. Es gibt Pläne, statt auf die gescheiterten „Größenvorteile“ nun doch auf vermeintliche Replikationsvorteile zu setzen. Mit dem sogenannten „EPR New Model (NM)“-Konzept, also vielen kleinen EPR NM.

Frankreich hat 2019 sogar stolz verkündet, man wolle jetzt auch mitmischen beim Small Modular Reactor (SMR) Business, die Grande Nation entwickelt einen eigenen Atomzweig. Bei der Bekanntgabe der Konsortialpartner unterschlug das Umweltministerium, dass der Atomtriebs-Bauer TechnicAtome sowie die Naval Group, die auf ihren Werften Atom-U-Boote baut, beteiligt sind.

Die kleinen modularen Reaktoren, deren Heilsbringer-Geschichten derzeit wie Pilze aus dem Medien-Boden sprießen, liefern ebenfalls Anlass, einmal auf zivil-militärische Ambivalenz zu schauen.

Atommächte – ganz schön ähnlich

Wie bei den beiden europäischen Atommächten Frankreich und Großbritannien werden auch beim SMR-Hype in den USA fürs Publikum Geschichten vom Klimaschutz erzählt, obwohl hinter der nächsten Ecke gleich eine Militärverbindung zu finden ist. Sowohl bei NuScale als auch bei Terrapower findet man in den oberen Konzern-Etagen Personal mit Nuklear-Marine-Expertise. Das mediale Gesicht von Terrapower jedoch ist Gründer und

Investor Bill Gates, den es auf die Bühnen drängt, wo er den postfaktischen Dreiklang der „neuen Atomkraft“ zu Kosten, Klimagasen und Verlässlichkeit besingt – ohne auf das Finanzierungs- und Lobby-Netzwerk einzugehen, das seine Flüssigsalz- und Laufwellen-Reaktor-Konzepte dereinst materialisieren soll. TerraPower wird teilweise vom US-Energieministerium DOE und dem Los Alamos National Laboratory finanziert, der ältesten US-Forschungsstätte für Atomwaffen. Das DOE ist u.a. zuständig für den Bau von atomaren Kriegsschiffs-Antriebsreaktoren, Energieforschung und „Entsorgung“ radioaktiver Abfälle. Dazu kommt Unterstützung durch die „Breakthrough Energy Coalition“, eine von Gates gegründete Milliardärs-Clique, deren Klimakiller-Lifestyle Zweifel aufkommen lässt am ausgegebenen Ziel, „saubere“ Energie voranzubringen. Als einer der Hauptinvestoren von Terrapower organisiert er mit der familieneigenen Stiftung Geldflüsse in Richtung reichweitenstarker Unterstützer: Über den Geldsegen freuen sich große Medienhäuser, eine Animations-Agentur, die bunte Filmchen macht, und Bills geschätzter Statistik-Freak Max Roser, dessen Plattform „Our World in Data“ anhand von ausgewählten Daten die Harmlosigkeit der Atomkraft belegen will.

Militär-Veteranen im Energiesektor

Ein Blick unters Klima-Deckmäntelchen zeigt, dass der Weg vom „Weltklimaretter“ zur Nuklear-Marine bemerkenswert kurz ist. Auf seiner Website veröffentlicht Terrapower ein „Happy Veteran’s Day“-Grußwort von CEO Chris Levesque. „Ich bin stolz darauf, dass mein Unternehmen talentierte Veteranen beschäftigt“, erklärt er und verweist auf eine Initiative namens „Veterans in Energy“. In den Streitkräften werde seit langem Atomenergie zum Antrieb von Schiffen und U-Booten eingesetzt. Dies habe „eine gut ausgebildete militärische Belegschaft parallel zur zivilen Industrie“ und einen zivil-militärischen Austausch geschaffen.

Levesque begann seine 30-jährige Nuklear-Karriere als Offizier auf verschiedenen U-Booten. Auf einem atomgetriebenen Jagd-U-Boot mit nicht-atomaren Waffen überwachte er als Cheffingenieur dessen erste Kritikalitäts- und Reaktor-Start-Tests. Von der Navy wechselte er zum zivilen Reaktorbauer Westinghouse. Schiffsbau, Rüstung, Nuklear-Großkomponenten-Bau und mehrere Managementpositionen

an zwei nuklearfähigen Werften waren weitere Karrierestationen. Levesque ist Vorstandsmitglied der US-Atom-Lobbyorganisation Nuclear Energy Institute (NEI), die im Weißen Haus und im Kongress mächtig Einfluss nimmt.

Klima, Klima, Klima? Nationale Sicherheit!

Während Gates Geld und Reichweite nutzt, um das Hohelied des angeblichen nuklearen Klimaschutzes zu singen, offenbart eine Terrapower-Stellungnahme zur globalen nuklearen Führerschaft der USA völlig andere Motive: „Amerikas Verzicht auf kerntechnische Chancen im Ausland gefährdet auch seine nationale Sicherheit, indem es den Schwund der nuklearen Expertise und Qualifikation ermöglicht. Diese ist für den Erhalt von zweierlei erforderlich: seiner bestehenden AKW sowie seiner reaktorgetriebenen Marine.“ Gates' Atom-Start-up verweist auf den Atlantic Council-Bericht „Der Wert des US-Atomkraftkomplexes für die nationale Sicherheit der USA“. Dieser beziffert den Beitrag der zivilen US-Atomstrom-Industrie zur Kostenentlastung des militärischen Nuklearkomplexes auf jährlich 42,4 Milliarden US-Dollar.

Terrapower findet, der Kongress solle unter anderem Mittel für Forschung und Entwicklung seines Reaktors bereitstellen. Das könne über das Gesetz zur nuklearen Führerschaft (NELA) geschehen oder das Genehmigungsgesetz zur nationalen Verteidigung (NDAA), welches den US-Militärhaushalt festlegt. Zur Begründung, nämlich „wegen des zivilen, militärischen und geopolitischen Wertes der US-Führerschaft in der Atom-Technologie“, hat Terrapower ein Dokument verlinkt, das es in sich hat. Das Who is Who von über 40 Interessenvertreter*innen aus dem gesamten zivil-militärischen Atomspektrum fand sich dort zusammen, um dem Verteidigungsausschuss beizubiegen, dass die „neuen Atomenergie-Produkte“ wichtige Bestandteile für den Verteidigungsbedarf bieten und auch „für ein modernes, sauberes, resilientes Energie-System“.

Was atomare Klimakrisen-Trittbrettfahrer*innen sonst vehement bestreiten, haben hier alle unterzeichnet: „In der Geschichte unseres Landes haben sich militärische und zivile Anwendungen synergistisch entwickelt. Durchbrüche bei der zivilen Atomkraft kommen dem Militär zugute und militärische Durchbrüche kommen der zivilen Energie-Erzeugung zugute.“ Auch im folgenden Satz geht's nicht ums Klima: „Da China und Russland fortschrittliche Reaktoren entwickeln und in strategisch wichtige Länder in der ganzen Welt exportieren, ist es entscheidend, dass die USA ihre Führungsrolle in diesem geopolitisch wichtigen Bereich wieder behaupten.“

Sehenswert ist die Liste der Unterzeichner, vom Advanced Nuclear Weapons Alliance Deterrence Center über Atomkraft-Start-ups und alte Reaktorbauer, hippe „Nuclear-Pride-Coalition“-Mitglieder wie „Energy for Humanity“ oder „Generation Atomic“ bis zu Brennstoff-Lieferanten, die entweder im stärker angereicherten -Uran (HALEU) oder Thorium die Zukunft sehen.

Klare militärische Interessen beim EU-Lobbying verschwiegen

Die klaren militärischen Interessen der Terrapower-Konzepte werden indes mit dem Mantel des Schweigens bedeckt, wenn Gates als Klimakrisen-Trittbrettfahrer mit Wirtschaftsminister Altmaier (CDU) über die internationale Energiewende diskutiert und dessen Ministerium „in enger Abstimmung mit den EU-Partnern eine Zusammenarbeit mit der Breakthrough Energy Coalition“ plant. Oder die Breakthrough-Kumpel mit EU-Forschungskommissar Carlos Moedas in illustrierender Runde arbeitsfrühstücken – kurz nachdem jener mit einem Papier, das ambitionierte Ziele für Mini-AKW nannte, 2016 für Schlagzeilen sorgte. Und natürlich ging es weder ums Militär noch um Geostrategie, als EU-Forschungskommissar Moedas und EU-Kommissions-Vize Šefčovič im Mai 2019 gemeinsam mit Gates die Gründung des 100-Millionen-Euro-Risikofonds „Breakthrough Energy Ventures Europe“ besiegelten. Mit „Breakthrough“-Milliardärs-Kapital und EU-Steuergeld wolle man „Europäischen Firmen helfen, saubere Energie-Technologien zu entwickeln“. Wobei „sauber“ hier als Kryptononym zu verstehen ist: für „Atomkraft und mehr“.

*Eva Stegen
Energierreferentin der
Elektrizitätswerke Schönau*



Prototyp ML-1 (hier: originalgroße Attrappe) eines mobilen Mini-AKW

Atomstrom

Hintergrund | Kleine, modulare Reaktoren wiederholten Mal von mobilen Mini-AKW

Die Hoffnungen waren schon damals groß. Mobile, autarke Mini-Atomreaktoren, schwärmte in den 1950ern ein US-Generalleutnant, könnten aus militärischer Sicht ein „strategischer Game Changer“ werden. Acht Prototypen folgten. Wegen technischer Probleme, Unzuverlässigkeit und/oder immenser Kosten wurden sie bis 1977 allesamt eingemottet.

50 Jahre später jedoch ist dasselbe Thema wieder en vogue. Von einer „disruptiven Technologie“ spricht eine vom stellvertretenden Stabschef der US-Armee in Auftrag gegebene Studie, und die Träume fliegen wieder hoch: Ein AKW nicht größer als ein Standard-Container und damit zu Wasser, zu Land und durch die Luft transportierbar soll es sein, ausgeliefert „ready to use“, befüllt mit Brennstoff für mindestens ein Jahrzehnt (und daher entsprechend hoch angereichert). „Plug and Play“-Fähigkeit und automatische Lastanpassung wünscht sich die Army, das Modulkraftwerk soll ohne große Spezialkenntnisse und mit minimalem Equipment zu bedienen sein und außerdem nicht nur unfall- und kernschmelz-, sondern sogar angriffssicher. Derlei Technik, wirbt die Studie, könnte nicht nur den heutigen, sondern auch künftigen zusätzlichen Strombedarf an der Front decken, etwa für neuartige Waffen, die mit Hochenergie-lasern, Mikrowellen oder elektromagnetisch beschleunigten Projektilen arbeiten.



Foto: US Army

tärischen Mini-AKW der US-Armee. Das Projekt wurde wegen zahlreicher technischer Probleme nach wenigen hundert Betriebsstunden 1965 eingestellt

fürs Schlachtfeld

W. Diese sollen nicht nur Stützpunkte und Militärlager versorgen, sondern auch Strom für neuartige Waffen liefern

Auftrag aus dem Verteidigungsministerium

Im März 2020 beauftragt das US-Verteidigungsministerium drei Firmen, zwei Jahre lang Konzepte für einen solchen Reaktor zu entwerfen. Hält das Ministerium diese für realisierbar, soll ein Auftrag zum Bau eines Prototypen folgen, angepeilte elektrische Leistung: 1 bis 5 Megawatt. (Heutige AKW sind 1.000 bis 300 mal so groß.) Ein schlachtfeldtauglicher mobiler Mini-Reaktor, begründet die US-Regierung, würde eine „Expansion und Fortdauer von [Militär-]Operationen über längere Zeiträume überall auf der Welt ermöglichen“.

Der US-Vorstoß reiht sich ein in eine ganze Reihe von Projekten im Bereich „Small Modular Reactors“ (SMR, kleine modulare Reaktoren), die militärischen Interessen dienen. Neben den erwähnten mobilen Schlachtfeld-Kraftwerken geht es vor allem um nukleare U-Boot-Antriebe und eine netzunabhängige Stromversorgung stationärer Militärstützpunkte. So hofft die US-Armee bereits in wenigen Jahren ein auf bestehender Reaktortechnik basierendes stationäres Mini-AKW testen zu können. Sie will damit Stützpunkte im In- und Ausland autarker versorgen, um gegen – auch durch Sabotage verursachte – Stromnetz-Ausfälle gewappnet zu sein. Nukleare U-Boot-Antriebe hingegen sind in der Logik der Militärs zwingend, um die weltweite Zweitschlagfähigkeit einer Atommacht zu

sichern. Nur ein solcher Antrieb erlaube es mit Atomraketen bestückten U-Booten, unsichtbar und damit unangreifbar durch die Weltmeere zu kreuzen. Allerdings warnte der British American Information Council (BASIC) schon 2016 in einem Report, dass neue Technologien die Meere in absehbarer Zeit quasi durchsichtig und jedes U-Boot damit auffindbar machen könnten.

U-Boot-Antriebe sind der eigentliche Ursprung aller SMR-Ideen und im Prinzip der einzige Bereich, in dem Reaktoren dieser Größe bisher zum Einsatz kommen – Wirtschaftlichkeit spielt hier bekanntlich keine Rolle. Kein Wunder also, dass auch die allermeisten SMR-Ideen und -Projekte heute einen Link zur U-Boot-Industrie oder eine sonstige militärische Komponente haben (siehe Seite 6–8). Ob dabei am Ende militärische Entwicklungen als zivile Projekte getarnt und entsprechend finanziert werden, wie es in Großbritannien und Frankreich scheint, oder ob genau umgekehrt, wie in den USA diskutiert, Gelder aus dem Verteidigungsetat einer darbenenden Reaktorindustrie das Entwickeln neuer ziviler Anwendungen ermöglichen sollen, bleibt offen. Klar ist nur: Die in der Wunschliste für den mobilen „Schlachtfeld-Reaktor“ genannten Anforderungen beschreiben ein AKW ohne die Risiken eines AKW – und haben, insbesondere was die Unfall- und Angriffssicherheit betrifft, mit der Realität nicht das Geringste zu tun. Selbst der Bericht des US-Militärs räumt ein, dass ein solcher Reaktor einem direkten

Beschuss nicht standhalten könne. Was nicht ausschließt, dass er am Ende doch gebaut werden und zum Einsatz kommen könnte.

Anreicherungstechnologie aus Deutschland

Eine Schlüsselrolle für die US-Pläne kommt dem deutsch-britisch-niederländischen Urenco-Konzern zu, an dem auch RWE und Eon beteiligt sind. Urenco ist Betreiber mehrerer Urananreicherungsanlagen, auch der in Gronau, und über seine Tochtergesellschaft U-Battery selbst SMR-Entwickler. Denn die vom Militär ins Auge gefassten Reaktoren sollen mit bis knapp unter 20 Prozent angereichertem Uran (HALEU, high-assay low-enriched uranium) betrieben werden – das ist nötig, um die Anlagen kompakt zu halten und die angestrebte lange Zyklusdauer zu erreichen. HALEU gilt nach internationaler Definition gerade noch als „niedrig angereichert“, ist aber deutlich leichter auf einen waffenfähigen Anreicherungsgrad zu bringen als konventionelles Reaktoruran, das nur 3 bis 5 Prozent Spaltstoff enthält (siehe Seite 10/11). Urenco hat angekündigt, in seiner Anreicherungsanlage in New Mexico in die Produktion von HALEU einzusteigen. Die dafür nötigen Ultrazentrifugen soll vermutlich die Urenco-Tochter Enrichment Technology Company (ETC) aus Jülich liefern.

Armin Simon



Foto: Cuiworld / iStock

Proliferationsrisiken „neuer“ Reaktoren

Download

Die vom Atommüll-Bundesamt (BaSE) in Auftrag gegebenen Gutachten „Sicherheitstechnische Analyse und Risikobewertung einer Anwendung von SMR-Konzepten (Small Modular Reactors)“ sowie „Sicherheitstechnische Analyse und Risikobewertung von Konzepten zu Partitionierungs- und Transmutationsanlagen für hochradioaktive Abfälle“ findest Du hier:

t1p.de/jhgj

t1p.de/tsox

Hintergrund | „Neue“ Reaktorkonzepte, etwa der „Generation IV“, oder kleine modulare Reaktoren vergrößern die Gefahr der Weiterverbreitung von radioaktivem Material

Die Weitergabe von spaltbarem Material sowie den für Atomwaffen benötigten Technologien und dem erforderlichen Know-how ist eines der großen Probleme im Zusammenhang mit der Nutzung der Atomenergie zur Stromgewinnung. Viele Materialien und Technologien, die dabei zum Einsatz kommen, sind auch für das Militär interessant. Atomkraft-Befürworter*innen behaupten, dass neue Reaktormodelle, etwa der sogenannten „Generation IV“, die Verbreitung von zivilmilitärisch ambivalenten „Dual-Use“-Gütern und -Technologien reduziere. Aber stimmt das?

Entscheidende Voraussetzung für den Bau einer Atomwaffe ist der Zugang zu waffenfähigem Spaltmaterial in ausreichender Menge. Diese Stoffe kommen in der Natur nicht vor, sie entstehen entweder im Reaktor – Beispiel: Pluto-

nium – oder werden in aufwändigen Verfahren erst hergestellt, um als Brennstoff Verwendung zu finden, etwa hoch angereichertes Uran. Wie wahrscheinlich die Abzweigung oder Entwendung von waffenfähigem Material aus einem Reaktor ist, hängt von verschiedenen Faktoren ab: dem Brennstoff, dem Reaktordesign, Hürden wie starker Strahlung oder hohem Behältergewicht, bauliche, technische und administrative Schutzmaßnahmen sowie den sogenannten „Safeguards“ – Überwachungsmaßnahmen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). Als besonders kritische Technologien sind die Urananreicherung und die Wiederaufarbeitung zu sehen: erstere macht Uran erst waffenfähig, zweite ermöglicht die Abtrennung von Plutonium und anderen waffenfähigen Spaltmaterialien aus dem Strahlencocktail abgebrannter Brennstoffe.

Zwei im März erschienene Gutachten, erstellt im Auftrag des Atomwaffen-Bundesamtes (BaSE), analysieren den aktuellen Stand und mögliche Auswirkungen bei der Entwicklung neuer Reaktorkonzepte und beleuchten dabei neben anderen Aspekten auch die Proliferationsgefahren dieser Technologien.

Generation IV

Vor allem zwei Reaktortechnologien der Generation IV sind diesbezüglich relevant: „schnelle“ Brutreaktoren und Flüssigsalzreaktoren. Sogenannte schnelle Reaktoren arbeiten mit ungebremsten Neutronen, die andere Kernreaktionen auslösen als die abgebremsten Neutronen in herkömmlichen Modellen. Sind sie als Brutreaktor konzipiert, kann ein Teil der schnellen Neutronen in einem „Brutmantel“ um den Reaktorkern deponiertes nicht spaltbares Material in spaltbares umwandeln, etwa Uran-238 in Plutonium-239. Dieses kann dann nach Abtrennung in einer Wiederaufarbeitungsanlage wiederum als Brennstoff Verwendung finden, womit die ursprüngliche Brennstoffladung besser ausgenutzt wird. Allerdings ist damit auch eine hohe Proliferationsgefahr verbunden, denn das spaltbare Material, in diesem Beispiel Plutonium, wird in der Wiederaufarbeitung von den hoch radioaktiven Spaltprodukten separiert, deren starke Strahlung einen recht effektiven Schutz gegen unautorisierten Zugriff darstellt. Nach Einschätzung von Expert*innen kann diese Gefahr auch durch „Safeguards“ nicht ausreichend reduziert werden, unter anderem, weil das Plutonium bei der Wiederaufarbeitung und der anschließenden Herstellung neuer Brennelemente in loser Form, etwa als Pulver, verarbeitet wird, was zu Ungenauigkeiten bei der Überwachung und Bilanzierung führt.

Im Flüssigsalzreaktor wird flüssiger Brennstoff durch eine Salzschnmelze gekühlt. Befürworter*innen solcher Reaktorkonzepte sind der Meinung, dass die hohe Strahlenbelastung der Salzschnmelze eine verdeckte Abtrennung waffenfähiger Stoffe, die im Reaktorbetrieb entstehen, erschwere. Doch gleichzeitig macht die Tatsache, dass Spaltmaterial und Spaltprodukte im Betrieb in der Salzschnmelze gelöst sind, die genaue Überwachung der Materialflüsse sehr schwierig. Voraussetzung für den Betrieb von Flüssigsalzreaktoren ist außerdem eine integrierte Wiederaufarbeitungseinheit, mit der sich im Reaktor entstandene waffenfähige Stoffe direkt separieren lassen. Kommt Thorium als

Brennstoff zum Einsatz, würde im Betrieb zudem Uran-233 entstehen, das besonders einfach waffenfähig ist.

Ein grundsätzliches Problem bei den „Generation IV“-Entwicklungen sind widersprüchliche Entwicklungsziele. So wird eine erhöhte Proliferationsresistenz zwar als ein wesentliches Ziel genannt (weswegen manche sogar dafür plädieren, bei schnellen Reaktoren auf einen Brutmantel zu verzichten). Das steht aber im Widerspruch zu dem ebenfalls postulierten Ziel einer hohen Ressourcenausnutzung, die mit einem Brutmantel optimiert werden kann.

Transmutation

Schnelle Reaktoren, Flüssigsalzreaktoren und andere Reaktoren werden auch für die sogenannte Transmutation von Atomwaffenmüll gehandelt. Das Konzept – fachsprachlich: „Partitionierung & Transmutation“ (P&T) – besteht darin, Atomwaffenmüll fein säuberlich in seine verschiedenen Bestandteile aufzuteilen („partitionieren“) und die besonders gefährlichen Bestandteile dann in weniger gefährliche umzuwandeln („transmutieren“). Dabei ist die Partitionierung letztlich eine erweiterte Wiederaufarbeitung und daher mit ähnlichen Risiken verbunden. Würde man sich in Deutschland entscheiden, den angefallenen Atomwaffenmüll aus rund sechs Jahrzehnten Atomenergienutzung per P&T zu bearbeiten, müssten unter anderem 129 Tonnen waffenfähiges Plutonium abgetrennt werden, mit denen dann über lange Zeiträume hantiert würde. Selbst nach Abschluss eines solchen P&T-Programms würde je nach Szenario eine gewisse Menge Plutonium übrigbleiben. Letztlich kann P&T nicht nur den Atomwaffenmüll nicht vollständig beseitigen, sondern schafft durch die Wiederaufarbeitung und den jahrzehntelangen Einsatz neuer Reaktoren sogar jede Menge neue Proliferationsrisiken.

Eine Welt voller Mini-Reaktoren

Auch bei den verschiedenen Konzepten sogenannter kleiner modularer Reaktoren (SMR), der Idee nach in Serie zu fertigenden Mini-Reaktoren, an denen einige Firmen und Konsortien arbeiten, sehen Expert*innen unterm Strich keine relevanten Vorteile hinsichtlich der Proliferationsresistenz gegenüber heute eingesetzter Reaktortechnik. Das ist kein Wunder, handelt es sich bei den konkreteren dieser Reaktor-Projekte doch letztlich vor allem um herkömmliche Druckwasserreaktoren.

Bestimmte Eigenschaften einzelner Konzepte sowie die mit den SMR angestrebte weite Verteilung der Reaktoren wirken sich sogar negativ darauf aus.

Einige SMR-Konzepte sollen Uran mit einem Anreicherungsgrad von bis zu 20 Prozent nutzen, wohingegen der Anreicherungsgrad des in heutigen Reaktoren eingesetzten Urans bei nur 3 bis 5 Prozent liegt. Uran gilt ab einem Uran-235-Anteil von etwa 90 Prozent als waffenfähig, allerdings ist der Aufwand für die erste Anreicherung auf bis zu 5 Prozent am höchsten. Zumindest für Länder, die über die erforderliche Anreicherungs-Technologie wie Ultrazentrifugen verfügen, ist die weitere Anreicherung dann relativ unaufwändig. Andere Reaktor-Designs sehen gar Plutonium als Brennstoff oder Wiederaufarbeitungsschritte vor.

Hinzu kommt: Eine deutlich höhere Anzahl (kleinerer) Reaktoren bietet grundsätzlich mehr Möglichkeiten, brisante Stoffe abzuzweigen, und erhöht den Aufwand für Überwachungsmaßnahmen. Das gilt ganz besonders beim geplanten Einsatz in entlegenen Gebieten, wo bei einem Angriff auch eine schnelle Reaktion erschwert sein könnte. Nicht zuletzt wegen der vergleichsweise geringeren Anfangsinvestitionen könnten Mini-Reaktoren, die quasi schlüsselfertig geliefert werden, unterm Strich zu einer besonders schnellen weltweiten Verbreitung von dual-use-fähigem Material und Know-how führen.

Fazit

Konzepte für neue Reaktoren gibt es viele, was eine pauschale Aussage über das Proliferationsrisiko erschwert. Die Proliferationsresistenz ist oft von Details der Auslegung und geeigneten Safeguards abhängig, die in vielen Fällen erst entwickelt werden müssten. Klar ist aber: Konzepte mit Wiederaufarbeitungsanlagen, mit höher angereichertem Uran oder mit Thorium als Brennstoff bergen unter Proliferationsaspekten besondere Gefahren. Und Safeguards können prinzipiell nicht verhindern, dass signifikante Mengen abgezweigt oder entwendet werden, sondern dies lediglich im Nachhinein aufdecken. Insgesamt steigt die Gefahr der Proliferation mit der Zahl der Reaktoren und ihrer Verbreitung. Mehr Proliferationsicherheit ist daher nicht mit neuen Reaktorkonzepten, sondern nur durch die konsequente Abkehr von der Atomenergie zu erreichen.

Anna Stender



Demonstration am 7. März 2021 zum AKW Neckarwestheim

Foto: Julian Rechtig

Der unerkannte Störfall

Hintergrund | Der ehemalige Chef-Atomaufseher im Bundesumweltministerium Dieter Majer fordert, das AKW Neckarwestheim-2 sofort vom Netz zu nehmen: Nach allen vorliegenden Unterlagen bestehe die akute Gefahr eines schweren Atomunfalls. Die 2018 erstmals entdeckten Risse seien aufgrund der besonderen sicherheitstechnischen Bedeutung sogar als INES-2-Ereignis einzustufen, offiziell: „Störfall“

Das Gutachten

Dipl.-Ing. Dieter Majer, Ministerialdirigent a.D., war viele Jahre lang Leiter des Bereichs Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen im Bundesumweltministerium. Er hat an Expertisen zu AKW im In- und Ausland mitgearbeitet, unter anderem zu den AKW Gundremmingen, Tihange und Doel. Seine im Auftrag von ‚ausgestrahlt‘ erstellte „**Gutachterliche Stellungnahme zum ‚Leck vor Bruch‘-Nachweis und zu speziellen Fragestellungen bezüglich des AKW Neckarwestheim 2 (GKN II)**“ findest Du unter ausgestrahlt.de/akw-neckarwestheim

Die seit 2018 im AKW Neckarwestheim-2 vor den Toren Stuttgarts entdeckten Risse in dünnwandigen Rohren des Reaktorkreislaufs sind nach den Maßstäben der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA als „Störfall“ der INES-Kategorie 2 zu werten – auf der gleichen Stufe wie der Beinahe-GAU im schwedischen AKW Forsmark 2006. Zu diesem Ergebnis kommt der ehemalige Leiter des Bereichs Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen im Bundesumweltministerium, Dipl.-Ing. Dieter Majer in einer für ‚ausgestrahlt‘ angefertigten gutachterlichen Stellungnahme. Die zum Teil langen und tiefen Risse, verursacht durch die gefährliche Spannungsrissskorrosion, stellten „Befunde mit besonderer sicherheitstechnischer Bedeutung, jedoch ohne tatsächliche Auswirkungen“ dar. Das kann man lesen als: Es war nur Glück und Zufall, dass bisher nichts passiert ist. Die Gefahr weiterer Risse ist bis heute nicht gebannt, der Störfall dauert damit bis heute an.

Ereignisse ab INES 2 müssen umgehend der IAEA gemeldet werden. In all den Jahrzehnten, in denen Atomreaktoren laufen, war das in Deutschland bisher dreimal der Fall; Ne-

ckarwestheim wäre der vierte. Allerdings stufte EnBW die Risse 2018 als „Ereignis ohne oder mit geringer sicherheitstechnischer Bedeutung“ (INES 0) ein und der zuständige INES-Officer bei der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) beanstandete das bisher nicht.

Geht von den Rissen eine Gefahr aus?

Maßgeblich für die Einstufung ist, ob von den Rissen eine Gefahr ausgehen kann oder nicht. EnBW, Atomaufsicht und die von ihr beauftragten Gutachter verneinen das bisher. Sie argumentieren, alle bereits entdeckten Rissrohre seien immer noch so stabil gewesen, dass ihr spontanes Abreißen auszuschließen gewesen sei. Ebenso könnten auch alle potenziell auftretenden weiteren Risse die Stabilität der Rohre nicht gefährden. Alle Risse nämlich, so die offizielle Legende, würden auf jeden Fall zunächst ein detektierbares Leck bilden, bevor die Rohre instabil würden.

Der ehemalige Bundesatomaufseher Majer, dessen Hauptaufgabe im Bundesumweltministerium einst darin bestand, Gutachten zu prüfen, zu hinterfragen und zu bewerten, kann darüber nur den Kopf schütteln. Er hat alle 27

Unterlagen, die das Ministerium auf explizite Nachfrage nach dem angeblichen „Leck vor Bruch“-Nachweis bisher vorgelegt hat, durchgesehen. Ein „Leck vor Bruch“-Nachweis, sagt Majer, sei darin nicht enthalten. Mehr noch: Zahlreiche im kerntechnischen Regelwerk definierte Voraussetzungen für einen solchen Nachweis seien in Neckarwestheim gar nicht gegeben. Daher, schreibt Majer, könne „davon ausgegangen werden, dass der vom Betreiber an die Behörde vorgelegte und vom TÜV bewertete ‚Leck vor Bruch‘-Nachweis fehlerhaft und somit nicht belastbar ist.“

Auch sonst geht der angesehene Reaktorsicherheitsexperte mit EnBW, der einem grünen Umweltministerium unterstellten Stuttgarter Atomaufsicht und den von dieser beauftragten Gutachter*innen hart ins Gericht. So hätten letztere die einschlägigen Vorschriften des kerntechnischen Regelwerks ohne Rechtfertigung „willkürlich [...] uminterpretiert“ und sich entscheidende, strittige und offenkundig unplausible Aussagen des TÜV einfach zu eigen gemacht, „ohne selbst eine entsprechende Untersuchung durchgeführt zu haben“. Der TÜV wiederum habe das kerntechnische Regelwerk nur eingeschränkt angewendet, aber nicht offengelegt, welche Einschränkungen er vorgenommen habe. Und die Behörde habe diese Einschränkung nicht weiter beachtet – auch das ein schwerer Fauxpas. „Eine bloße Übernahme von TÜV-Empfehlungen ohne eigene kritische Überprüfung entspricht nicht den Vorgaben des Atomgesetzes und der Aufgabenstellung der Aufsichtsbehörde“, kritisiert Majer.

EnBW hat Recht!

Der an erster Stelle für die Sicherheit des AKW Neckarwestheim-2 verantwortliche, quasi-staat-

liche Energiekonzern EnBW kommentiert alle Vorwürfe in Bezug auf die Risse seit Jahren und bis heute mit dem Satz: „Alle Rohre waren und sind dicht.“ Das ist absolut richtig; niemand hat es je in Frage gestellt. Dass EnBW diese unstrittige Tatsache dennoch permanent als Argument ins Feld führt, nährt allerdings Zweifel, ob der Konzern die von den Rissen ausgehende Gefahr überhaupt verstanden hat.

Würden die Risse in den Dampferzeuger-Heizrohren nämlich Lecks bilden, könnte man sie zumindest theoretisch auch im laufenden Betrieb bemerken, weil durch das Leck radioaktive Stoffe in den Dampfkreislauf dringen würden, die man dort unter Umständen messen könnte. Rissige Rohre hingegen, die nicht lecken, kann man im laufenden Betrieb nicht bemerken; die Risse können folglich völlig unbemerkt weiter wachsen. Im AKW Neckarwestheim-2 wurden schon Risse nachgewiesen, die 91–93 Prozent der Wandstärke durchdrungen hatten – ohne dass sie ein Leck verursacht hätten. Die Stabilität von in solchem Ausmaß geschädigten Rohren ist nicht mehr sicher gewährleistet. Das zeigen sowohl Berechnungen der Materialprüfungsanstalt Stuttgart im Auftrag von .ausgestrahlt als auch Berechnungen von EnBW selbst. „Alle Rohre waren und sind dicht“, wie EnBW korrekt herausstellt, belegt also gerade die Gefahr.

EnBW lasse bei der Beurteilung der vielhundertfach auftretenden Risse „unberücksichtigt, dass die Risswachstumsgeschwindigkeit bei Spannungsrisskorrosion nicht vorhersehbar ist“, moniert Majer. Dabei habe genau dies inzwischen sogar die Reaktorsicherheitskommission explizit herausgestellt. In Neckarwestheim-2 seit somit auch weiterhin davon auszugehen, dass sich gefährlich große Risse bilden könnten. „Es ist deshalb möglich, dass ein Totalabsturz [...]

eines Dampferzeugerheizrohres während des Betriebes ohne Vorwarnung stattfindet“, warnt Majer. Diese Gefahr ist bis heute akut.

Behörde ist verpflichtet, einzugreifen – tut aber nichts

Alle Voraussetzungen für weitere Spannungsrisskorrosion sind in Neckarwestheim-2 weiterhin gegeben. Für Majer ist klar: Solange diese „nicht vollständig nachweislich beseitigt werden können, darf die Anlage so nicht weiter betrieben werden.“ Die Atomaufsicht in Stuttgart sei vielmehr verpflichtet, einzugreifen: „Die Behörde muss durch verwaltungsrechtliche Maßnahmen den Weiterbetrieb der sicherheitstechnisch defizitären Anlage verhindern.“ Wegen des „gefährlichen Betriebes“ sei ihr Ermessen diesbezüglich „gegen Null reduziert“. EnBW könne dann Maßnahmen vorschlagen, die Gefahr zu beseitigen, schreibt Majer. Die Behörde müsse diese prüfen – „und zwar anhand wissenschaftlich-technischer Kriterien und nicht nur aufgrund von nicht nachvollziehbaren Einschätzungen von sogenannten Experten.“

Eine Interviewanfrage des SWR zum Thema lies das grün geführte Umweltministerium in Stuttgart unbeantwortet. In einer ersten Stellungnahme nach Publikation von Majers gutachterlicher Stellungnahme teilte es dann mit, diese bringe „keinen neuen Sachstand“. Anlass, in Neckarwestheim einzugreifen, sieht es weiterhin nicht. Öffentlich beteuert die Atomaufsicht zwar, an einer schnellen Klärung der Vorwürfe interessiert zu sein. Tatsächlich spielt sie aber auf Zeit: Die von .ausgestrahlt vor vielen Wochen vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim beantragte Akteneinsicht etwa hat sie bis heute nicht gewährt.

Armin Simon



Im AKW Neckarwestheim korrodiert nicht nur der Zaun

Foto: Julian Rettig

Im falschen Zug

Hintergrund | Mehrheits- und Machtspiele dominieren die Teilgebiete-Konferenz, geologische Daten bleiben unberücksichtigt. Mit einem fairen Suchverfahren hat das nichts zu tun. Betroffene wenden sich enttäuscht ab



Foto: Friedrich Erbacher

in das irgendwann der ganze hochradioaktive Atommüll des Landes eingelagert werden soll.

In den meisten betroffenen Landkreisen tut sich erstmal wenig. Das liegt zum einen an der Corona-Pandemie, die alle Aufmerksamkeit aufsaugt und die gleichzeitig zivilgesellschaftliches Leben massiv einschränkt. Zum anderen entsteht wenig Betroffenheit, weil die Aussicht, am Ende tatsächlich zum Atommüll-Standort zu werden, sehr gering ist, wenn noch über die Hälfte der Republik in der „engeren“ Auswahl ist.

„Wohin damit“

In einigen Regionen gibt es trotzdem Menschen, die auf die Standortsuche aufmerksam werden und begreifen, dass es Not tut, sich rechtzeitig mit der komplexen Materie zu beschäftigen, will man im weiteren Verfahren eine Chance haben. Eine dieser Regionen ist die Gegend rund um Helle in der Prignitz. Dort gründet sich noch im Herbst 2020 eine Bürgerinitiative. Das Besondere: Als es darum geht, wie die BI heißen soll, setzt sich der Vorschlag „Atommüllfreie Prignitz“ nicht durch. Die Initiative nennt sich „Wohin damit“.

In einer wunderbaren Reportage für die „taz“ beschreibt die Journalistin Beate Selders diese BI. Deutlich wird dabei, dass hier das Gegenteil von „Not in my backyard“ passiert. Jutta Röder, 67 Jahre, pensionierte Lehrerin, wird dort zitiert: „Ich würde hier gern unbedarft weiterleben. Aber man möchte den Müll auch niemand anderem zumuten. Am Ende muss er ja irgendwohin.“ Oder Benjamin Voelkel, Übersetzer und Lektor: „Wenn mir überzeugend bewiesen würde, dass das hier der am wenigsten unsichere Ort in Deutschland ist, dann müsste ich das akzeptieren, trotz Angst.“

Die „taz“-Reportage beschreibt, dass für die Mitglieder der BI in Helle alles von der Transparenz und der Glaubwürdigkeit des Standortauswahlverfahrens abhängt. Da der immer wieder fallende Begriff „Beteiligung“ so nach Mitbestimmung klingt und weil im Gesetz steht, dass die BGE die Ergebnisse der „Fachkonferenz

Zum Nachlesen

Die „taz“-Reportage „Endlagersuche in Nordbrandenburg“ findest Du unter taz.de/Endlagersuche-in-Nordbrandenburg/!5747656/

Dort, wo das Wendland hinter Gorleben an der Elbe endet, beginnt auf der gegenüberliegenden Seite des Flusses die Prignitz, der westlichste Zipfel Brandenburgs. Mitten in der Prignitz, zwischen Perleberg und Pritzwalk, liegt der Salzstock Helle – eines von 90 Teilgebieten, die die „Bundesgesellschaft für Endlagerung“ (BGE) im Herbst letzten Jahres veröffentlicht hat. In diesen Gebieten, die insgesamt 54 Prozent des Bundesgebietes bedecken, soll die Suche nach einem Standort für das Bergwerk weitergehen,

Teilgebiete“ berücksichtigen muss, bereiten sie sich in der Prignitz auf die Teilnahme daran vor. Beate Selders schreibt: „Doch nach und nach wird den Menschen in Helle klar: ‚Berücksichtigen‘ heißt juristisch nur ‚zur Kenntnis nehmen‘. Eine wirkliche Einflussmöglichkeit ist das ihrer Meinung nach nicht.“

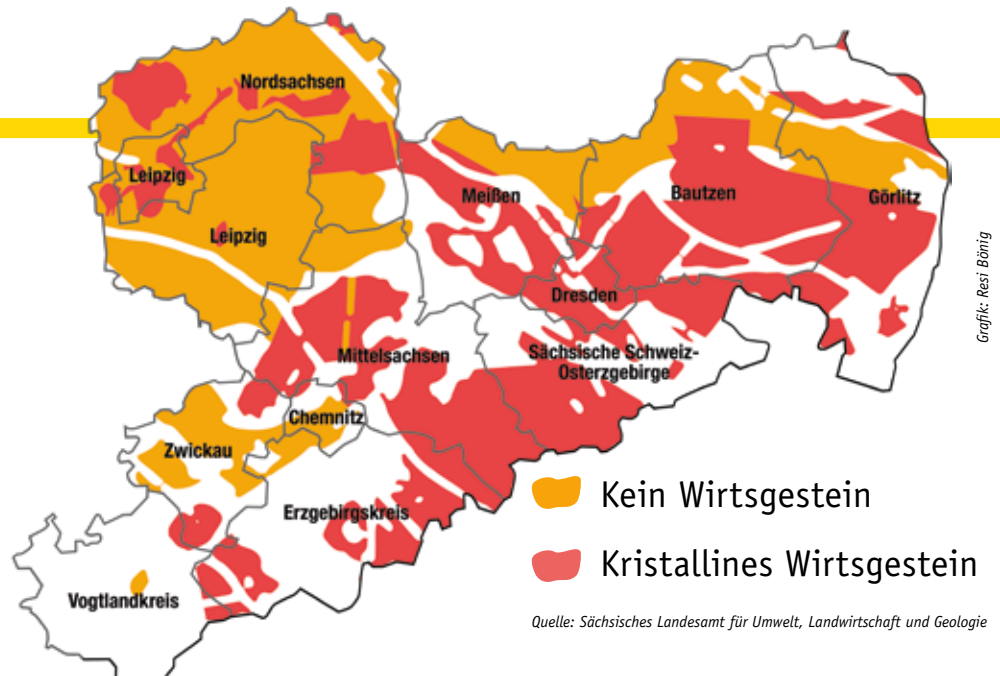
So wie in der Prignitz sind auch in manch anderen Teilgebieten Menschen aktiv geworden und haben sich hoffnungsvoll an der Auftaktveranstaltung im Oktober oder dem ersten Beratungstermin der Teilgebiete-Konferenz im Februar beteiligt – natürlich nur virtuell, denn es gab pandemiebedingt keine Präsenzveranstaltungen.

Selbstorganisation?

Geworben für die Konferenzen hat das Atommüll-Bundesamt unter anderem mit dem Argument, die Arbeit dort sei „selbstorganisiert“. Nur stellte sich schnell heraus, dass die Idee von Selbstorganisation, die in lokalen Initiativen vorherrscht, nichts mit dem zu tun hat, was sich bei diesen Online-Veranstaltungen abspielt.

Diese werden vielmehr dominiert von Vertreter*innen der Kommunalpolitik, die dafür sorgen, dass es eine autoritäre Konferenzleitung gibt, die Anträge von Teilnehmenden umformulieren kann, vor Abstimmungen keine Debatte zulässt und sogar Empfehlungen abgibt, welche Anträge abzulehnen seien. Alles setzt auf das Prinzip Mehrheit schlägt Minderheit – und falls mal eine Mehrheit für das „Falsche“ droht, wird mit Verfahrenstricks eingegriffen. Das geht in einem Online-Format nochmal deutlich restriktiver als in einer Präsenzveranstaltung. In der Kommunalpolitik mag das ab und an üblich sein. Wer in Verwaltungen arbeitet oder in Räten sitzt, kann möglicherweise auf dieser Klaviatur spielen.

Damit sind auf den Konferenzen diejenigen im Vorteil, die eher daran interessiert sind, den Atommüll möglichst von ihrem Gemeindegebiet fernzuhalten. Besonders engagiert zeigen sich dabei die Landkreise aus dem bayerischen Regierungsbezirk Oberfranken, die massiv zur Teilgebiete-Konferenz mobilisiert haben, über eine Whatsapp-Gruppe untereinander Abstimmungs-Empfehlungen aussprechen und bei der Wahl zur Vorbereitungsgruppe für die nächste Konferenz gleich drei Vertreter*innen aus dem Landkreis Wunsiedel in dieses zwölfköpfige Gremium schicken. Schon wird in anderen Gegenden Deutsch-



Fehler im Zwischenbericht Teilgebiete am Beispiel Sachsens

Übersicht der von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) als potenziell für die Atommüll-Lagerung geeignet ausgewiesenen geologischen „Teilgebiete“ in Sachsen, hier rot bzw. orange markiert. Nur im roten Teil ist, wie vorhandene Geodaten zeigen, allerdings tatsächlich das entsprechende Gestein vorhanden. Die orangenen Gebiete hat die BGE falsch ausgewiesen.

lands in den Kommunen darüber diskutiert, dass man bei der nächsten Konferenz dem Beispiel Oberfrankens folgen sollte.

Für engagierte, der Verantwortung für kommende Generationen verpflichtete Vertreter*innen aus Initiativen, die an einem fairen Suchverfahren interessiert sind, ist da nicht viel zu gewinnen. Gäbe es eine beteiligungsorientierte Moderation der Konferenzen, die Verständigungsprozesse ermöglichte, statt Mehrheitsabstimmungen zu veranstalten, könnte dies diese kommunale Übermacht theoretisch auffangen. Doch das Atommüll-Bundesamt hat die Moderationsfirma offensichtlich nicht damit beauftragt, für tatsächliche Partizipation zu sorgen. Zudem werden aufbrechende Kontroversen keiner Klärung zugeführt, sondern bleiben einfach so im Raum stehen.

Scheingebiete

So ist inzwischen klar, dass es massive Konflikte zwischen der BGE und den Geologischen Diensten der Bundesländer gibt, die die Bundesgesellschaft für den Zwischenbericht mit Daten über den Untergrund beliefert haben. Die Länder kritisieren, dass selbst für ihre geologischen Expert*innen der Bericht nicht nachvollziehbar ist.

Zudem seien viele der zur Verfügung gestellten Daten, also etwa Bohrergergebnisse, gar nicht in die Auswahl der Teilgebiete eingeflossen. Das hat zur Folge, dass die BGE zahlreiche Gebiete viel zu groß angesetzt hat. In vielen Gegenden, in denen es laut Zwischenbericht Tongestein oder Granit geben soll, sind diese, wie Bohrdaten zeigen, schlicht nicht vorhanden. Berücksichtigt man das, reduziert sich etwa in Sachsen die von Teilgebieten betroffene Fläche um die Hälfte,

von 62 % auf 29 % der Landesfläche. In anderen Bundesländern sieht es ähnlich aus.

An vielen Stellen wird deutlich, dass die BGE sich bei der Erstellung des Zwischenberichtes nicht an das im Standortauswahlgesetz vorgeschriebene Prozedere gehalten hat. Das Interesse, möglichst viele und große Flächen als in Frage kommende „Teilgebiete“ auszuweisen, um Betroffenheit und damit öffentliche Debatte zu verhindern, war größer, als möglichst korrekt zu arbeiten. Zwar wird diese Kritik in der Teilgebiete-Konferenz geäußert, doch die Endlager-Bundesgesellschaft macht klar, dass sie nicht gewillt ist, einen gesetzeskonformen Zwischenbericht nachzuliefern.

„Für uns ist das Verfahren wie ein Zug“, sagt Benjamin Voelkel von der Heller Bürgerinitiative in der „taz“-Reportage: „Du kannst dich entscheiden, einzusteigen oder nicht. Alles andere steht fest: der Fahrplan, die Haltepunkte und auch die Endstation.“

Er ist inzwischen sehr frustriert. „Als ich von dem Beteiligungsverfahren gehört habe, war sofort klar: Natürlich mache ich mit.“ Nach vier Monaten hat er mittlerweile das Vertrauen in das Verfahren verloren, gerade weil er den Aufruf zur Öffentlichkeitsbeteiligung ernst genommen und trotz Homeschooling sehr viel Zeit damit verbracht hat. „Wenn die Öffentlichkeit nur pro forma beteiligt wird, schafft das Misstrauen ins gesamte Verfahren. Wer sagt uns, dass am Ende wirklich eine verantwortungsvolle Lösung gewählt wird?“

Die Bürgerinitiative in der Prignitz wird außerhalb der Konferenzen weiterarbeiten, denn das ungelöste Atommüll-Problem lässt sie nicht kalt.

Jochen Stay

„Strahlung ist auch in niedriger Dosis nicht unbedenklich“

Porträt | Marie Weigenand, Jahrgang 1986, engagiert sich in der Bürgerinitiative „Lübeck ohne Atomschutt“ gegen die Deponierung von radioaktivem AKW-Abrissmaterial – und für eine Diskussion darüber, wie es langfristig sicher gelagert werden kann



Foto: privat

Im Herbst 2020 ging durch die Nachrichten, dass das Kieler Umweltministerium auf der Deponie Lübeck-Niemark Bauschutt aus dem Abriss des AKW Brunsbüttel einlagern will. Umweltminister Jan Philipp Albrecht dementierte dann zwar eine Vorfestlegung auf Lübeck, bestätigte aber, dass es eine Zuweisung geben wird, weil kein Standort den Atomschutt freiwillig nimmt.

In unserem Nachbarschafts-Chat ging gleich ganz viel Kommunikation los. Nach und nach wurde uns erst klar, was da genau geplant ist. Ich habe nach dem Einstieg in das Thema schnell verstanden, wie wichtig Aufklärung ist, damit die Leute sich überhaupt wehren können. Viele denken, weil das Material vorher ‚freigemessen‘ wird, ist es frei von Strahlung. Es ist kaum bekannt, dass die Freigabe nur bedeutet, das Material ist aus der Atomaufsicht entlassen. Im juristischen Sinne gilt es dann als ‚nicht radioaktiv‘, obwohl es tatsächlich noch radioaktiv ist, auch wenn es teilweise mehrfach dekontaminiert wurde. Dabei sind Mediziner*innen der Auffassung, dass Strahlung auch in niedriger Dosis nicht unbedenklich ist. Wir stellen außerdem wegen des Messverfahrens, der Höhe der Freigabewerte und der Menge des Abrissmaterials ganz stark in Frage, dass nur eine Belastung von 10 Mikrosievert pro Person und Jahr herauskommen wird. Das ist der gesetzliche Grenzwert. Dabei wäre das durch eine andere Lagerung vermeidbar!

Schon ein paar Tage nach der Nachricht haben wir die BI ‚Lübeck ohne Atomschutt‘ gegründet. Da dachte ich zum ersten Mal: ‚Mensch, wir können was auf die Beine stellen!‘ Für den Namen haben wir uns entschieden, weil er kurz ist und die Leute merken, dass es um Lübeck geht.

Wir sind trotzdem keine NIMBYs, auch wenn manche versucht haben, uns in diese Ecke zu stellen. Wir wollen, dass die Lagerung von Atom-Schrott auf herkömmlichen Deponien verhindert wird, und zwar nicht nur in Lübeck. Deswegen sind wir mit allen Standorten solidarisch und an einer Vernetzung interessiert. Wir sind bereits in Kontakt mit Aktiven der Bürgerinitiative Atom-müll Einlagerung Stopp Harrislee (baesh), die ebenfalls seit Jahren gegen die Deponierung von freigemessenen Abfällen kämpft.

Kurz darauf haben wir eine Chatgruppe ins Leben gerufen. Wir haben auch eine Facebook-Seite, wo wir regelmäßig Presseartikel zum Thema posten, lesenswerte Sachen aus der Wissenschaft verlinken und über Aktionen berichten. So haben wir für Reichweite gesorgt. Dann hatten wir auch schnell eine eigene Webseite mit vielen Informationen.

Direkt im September haben wir eine landesweite Petition gestartet mit einem Ziel von 2.000 Unterschriften. Es gab einen Artikel in einer Lokalzeitung, wo wir mit unserer Kritik zu Wort kamen. Mit 8.000 Flyern, die wir netterweise von einer Druckerei gesponsert bekommen haben, sind wir losgezogen in Wohngebiete im Umkreis der Deponie. Ich habe Plakate mit Abrisszetteln aufgehängt und Unterschriftenlisten ausgelegt. Viele Helfer*innen haben letztlich zum Erfolg beigetragen: Am Ende waren es 2.500 Unterschriften. Die haben wir beim Petitionsausschuss in Kiel eingereicht. Wir haben bis heute keine Reaktion darauf.

Dann hatten wir noch eine Aktion mit statisch haftenden Stickern, davon haben wir 1.500 in der Stadt verteilt. Dabei habe ich mich gefreut, wenn Passanten dann gesagt haben:

„Super Aktion, gib mir mal einen Stapel, ich mach mit!“ Es war sehr schön zu sehen, dass das so angenommen wurde von den Lübecker*innen.

Das Thema hat in den letzten Monaten richtig von mir Besitz ergriffen. Es ist auch schon fünf nach zwölf, die ersten Lieferungen sollen bald erfolgen, dadurch ist ein enormer Zeitdruck entstanden. Deswegen habe ich wochenlang bis Mitternacht am Rechner gesessen, um mich zu informieren und mit Leuten zu diskutieren. Da habe ich gemerkt, wie zeitintensiv das ist, weil man auch ganz viel Gegenwind bekommt und darauf reagieren muss. Andererseits ist es ein schönes Gefühl, wenn man es schafft, die Leute zum Reflektieren zu kriegen. Ich will die Deponierung auf jeden Fall verhindern, denn ich sehe da ein großes Risiko, gerade für unsere Kinder und zukünftige Generationen.

Anfang 2021 war dann klar, dass ein Großteil der ersten Lieferungen, etwa 11.500 Tonnen bis Ende 2022, tatsächlich nach Lübeck kommen soll. Die genaue Menge steht erst fest, wenn das Material freigemessen ist. Das Kieler Umweltministerium rückt immer den Teil in den Fokus, der sowieso deponiert werden muss, weil er nicht recycelbar ist, wie Dämmwolle oder Asbest. Der allergrößte Teil ist aber ein Gemisch aus Beton, Keramik und Fliesen. So etwas wird normalerweise schon recycelt, selbst wenn es noch leicht radioaktiv ist. Das geht aber in diesem Fall nicht – weil die Radioaktivität selbst nach der Freigabe immer noch zu hoch ist. Darüber wird ganz bewusst nicht gesprochen. Wir haben an mehreren Videokonferenzen mit Minister Albrecht teilgenommen. Der weicht gnadenlos aus. Was er zu dem Thema sagt, ist gespickt mit falschen Aussagen, Verharmlosungen, Verdrehungen. Erst dachten wir, er weiß es nicht besser, aber inzwischen glaube ich, dass er das gezielt macht.

Die Lübecker Grünen sagen: „Wenn ihr den Atom-Schutt freiwillig nehmt, können wir noch ein paar Maßnahmen aushandeln.“ Man wollte uns auch in einer Begleitgruppe haben. Da haben wir uns dann kurz beraten und abgelehnt, weil das in unseren Augen nicht vereinbar ist, die Deponierung verhindern zu wollen und andererseits Konditionen auszuhandeln. Warum ist das Verhandlungssache und nicht Voraussetzung? Jetzt wurde beantragt, Messungen durchzuführen – eine Beruhigungsspiel. Unsere Angst bezieht sich vor allem auf die Alpha- und Betastrahler, die schon in kleinsten Mengen gesundheitsschädigend sind, wenn sie über Stäube eingeatmet werden, auf Lebensmitteln landen oder irgendwann im Grundwasser. Aber die Messgeräte können

Alpha- und Betastrahlung gar nicht erfassen, nur Gammastrahlung. Wir müssen sehen, dass das nicht zum Durchwink-Signal wird für die Deponierung und die Akzeptanz stark erhöht. Das ist aktuell unsere größte Sorge, weil kein*e wirklich unabhängige*r Expert*in mit im Boot sitzt.

Viele Lübecker*innen denken, die Deponierung könne ja nicht schlecht sein, wenn sogar die Grünen dafür sind. Das ist ein Problem. Die Grünen müssten endlich eingestehen, dass die rot-grüne Novelle der Strahlenschutzverordnung 2001, die das ‚Freimessen‘ erlaubt, ein Fehler war. Tun sie aber nicht. In meinen Augen haben sie deshalb längst ihre Glaubwürdigkeit verloren.

Wir stehen im Austausch mit den Parteien, der Presse und den Lübecker Bürger*innen. Es ist sehr schön, dass man nach so kurzer Zeit ernst genommen wird. In der Bevölkerung gibt es zwar überall Protest, aber es wird auch als zweischneidiges Schwert gesehen. Viele wollen das Thema nicht an die große Glocke hängen, weil sie Angst haben um ihre Kund*innen und den Wert ihrer Immobilien.

Wir fordern, dass Minister Albrecht die kritischen Stimmen ernst nimmt und sich auf Landesebene für eine sichere und einvernehmliche Lösung einsetzt, die dann auch den Weg in die Bundesgesetzgebung findet. Es werden ja noch mehr AKW abgerissen, in Schleswig-Holstein und in ganz Deutschland. Die Freimessung ist umstritten, und die radioaktive Belastung in Brunsbüttel wird durch die Dekontamination sogar steigen. Deswegen ist es solidarisch zu sagen, wir müssen eine andere Lösung finden. Warum diesen ganzen Müll dekontaminieren, um ihn dann auf eine Mülldeponie zu kippen, wo er nicht rückholbar ist, nicht überwacht wird? Warum das Material nicht am AKW-Standort lassen und sicher einschließen?

Da die Stadt Lübeck Rechtsmittel einlegen will, kommt es voraussichtlich zu einer Verzögerung. Wir hoffen immer noch, die Deponierung am Ende ganz zu verhindern – juristisch oder politisch.“

Protokoll: Anna Stender

Anzeige

Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.

ÖKO-TEST
Ökostrom-Produkte
EWS Ökostrom
sehr gut
ÖKO-TEST Magazin 01/21

Atomkraft
Lügen Lügen

Auf nach Schönau!

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.





Grafik: Resi Böning

Kampf um die Pfründe

Hintergrund | In der sogenannten Taxonomie will die EU definieren, welche Wirtschaftstätigkeiten als nachhaltig anzusehen sind. Pro-Atom-Lobbygruppen und atomfreundliche Länder kämpfen mit aller Macht darum, dass auch Atomkraft dieses begehrte Label bekommt. Deutschland könnte das verhindern, will aber dasselbe für fossiles Gas erreichen. Es droht ein fataler Kuhhandel

FAQ

Fragen und Antworten zum Atomkraft- und Gas-Streit im Zusammenhang mit der EU-Taxonomie findest Du unter [ausgestrahlt.de/eu-taxonomie](https://www.ausgestrahlt.de/eu-taxonomie)

Die EU-Taxonomie ist das zentrale Vorhaben, mit der die EU die Finanzwirtschaft in Richtung eines „Green New Deal“ lenken will. Zukünftig dürfen nur noch solche Investitionen als „nachhaltig“ bezeichnet werden, die in einem ausführlichen Regelwerk – eben der Taxonomie – aufgeführt sind. Grundgedanke ist, dass Investitionen der Umwelt dienen sollen, ohne anderen Umweltzielen oder den Menschen zu schaden. Die EU-Verordnung selbst ist bereits verabschiedet, die Auseinandersetzung um die Umsetzung und konkreten Kriterien hingegen noch in vollem Gange. Die Regeln im Bereich Klimaschutz und Klimawandel-Anpassung sollen von 2022 an Anwendung finden, ab 2023 dann die anderen Bereiche.

Eine Klassifizierung im Rahmen der Taxonomie hat nicht nur hohe symbolische, sondern auch große praktische Relevanz. Das Label „von der EU als nachhaltig eingestuft“ wird den Zugang zu Finanzmitteln, staatlichen wie privaten, erleichtern. Es wird zur Begründung

von Aktivitäten dienen und direkt wie indirekt Kosten und Umsetzbarkeit von Projekten positiv beeinflussen. Dementsprechend sind die Kriterien politisch stark umkämpft und Ziel zahlreicher Lobby-Aktivitäten. Insbesondere um die Einordnung von Atomkraft und fossilem Gas wird erbittert gerungen – beides Bestrebungen, die letztlich die ganze Taxonomie verwässern und untauglich machen würden.

In Bezug auf fossiles Gas wurden die im ursprünglichen Entwurf noch hohen Hürden im weiteren Prozess bereits durch zahlreiche Schlupflöcher aufgeweicht. Diverse süd- und osteuropäische Länder drängen darauf, fossiles Gas als „nachhaltig“ zu kategorisieren. Auch die Bundesregierung bezeichnet den Neubau von Gaskraftwerken als notwendige Übergangstechnologie für die Energiewende und will Erdgas daher entsprechend labeln.

Die Auseinandersetzungen um fossiles Gas und Atomkraft führten zuletzt zu überraschenden Entwicklungen: Laut eines Ende April veröffentlichten Vorschlags werden beide

Technologien aus dem Regelwerk vorläufig ausgeklammert; eine Entscheidung zu beiden soll erst im Herbst 2021 fallen. Der Streit wird damit absehbar verlängert.

Atomkraft in der Taxonomie

Die Atomindustrie und atomfreundliche Staaten sehen in der Taxonomie die einmalige Chance, der Hochrisikotechnik ungeachtet der durch sie verursachten schweren Umwelt- und Gesundheitsschäden ein grünes Mäntelchen umzuhängen. Entsprechende Bestrebungen, Atomkraft als „kohlenstoffarm“ zu branden und damit argumentativ auf eine Stufe mit den Erneuerbaren Energien zu stellen, gibt es seit vielen Jahren auf unterschiedlichsten Ebenen. Ein „Nachhaltigkeitslabel“ würde der seit Jahren im Niedergang befindlichen und unter Marktbedingungen nicht wirtschaftlich zu betreibenden Atomkraft neue Chancen eröffnen. Instandhaltungsmaßnahmen, Laufzeitverlängerungen, AKW-Neubauten oder auch die Erzeugung von Wasserstoff mit Atomstrom (siehe Seite 20) wären bei einer Aufnahme von Atomkraft in die EU-Taxonomie deutlich einfacher zu realisieren, wohingegen eine klarer Ausschluss sie stark einschränken würde.

Im Auftrag der EU-Kommission hat eine sogenannte Technische Expert*innen-Gruppe (TEG) bereits 2019 wissenschaftliche Grundlagen für die Kriterien der Taxonomie ausgearbeitet. In ihrem Bericht kam sie zu dem Ergebnis, Atomkraft nicht als nachhaltiges Investment zu bewerten. Insbesondere das sogenannte „Do no significant harm“-Kriterium sei nicht erfüllt: Aktivitäten, die einzelnen Umweltzielen dienen, dürfen den anderen Zielen nicht zugleich schaden. Als Beispiel nannte die Gruppe unter anderem die vielen ungelösten Fragen bei der Entsorgung des strahlenden Atommülls.

Begutachtung durch ein Atominstitut

Wie eine Auswertung der NGO „Reclaim Finance“ belegt, intensivierten Lobby-Gruppen wie das europäische Atomforum in der Folge ihre Bemühungen: Während sich bereits seit 2018 Atomlobbyist*innen im Schnitt einmal im Monat mit EU-Offiziellen trafen, verdoppelte sich die Frequenz der Treffen in den Monaten nach der Veröffentlichung des TEG-Berichts.

Auf politischer Ebene konnten sich die Europäische Kommission und das Europäische Parlament in mehreren Anläufen nicht darauf einigen, Atomkraft aus der Taxonomie auszuschließen. Frankreich, das Vereinigte Königreich

(damals noch EU-Mitglied) und mehrere osteuropäische Länder drängten zwar auf eine Aufnahme, andere Länder lehnten dies jedoch explizit ab. Heraus kam ein Kompromiss: Atomkraft sollte, anders als die übrigen Technologien, noch einmal in einem zweiten Bericht begutachtet werden. Dieser sollte ursprünglich geheim bleiben und – im Gegensatz zum üblichen Vorgehen – nur durch zwei interne Gremien geprüft werden.

Beauftragt mit dem zusätzlichen Bericht wurde allerdings ausgerechnet das Atomforschungsinstitut der EU in Karlsruhe. Das macht den Bock zum Gärtner: Die heute als Zweigstelle des „Joint Research Center“ (JRC) der EU firmierende Einrichtung, einst als „Plutonium-Institut“ gegründet und bis 2016 Institut für Transurane (ITU) genannt, wird seit den 1950er Jahren von der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) mitfinanziert, deren explizite Aufgabe die Förderung der Atomenergie ist. Zugleich ist es seit Jahren mit Forschungen für neuartige Atomreaktoren der „Generation IV“ befasst.

Der eigentlich geheime Bericht gelangte Ende März doch an die Öffentlichkeit. Wenig überraschend kommt das Institut darin zu dem Ergebnis, dass Atomenergie weder Mensch noch Umwelt schade. Zahlreiche Umweltorganisationen europaweit kritisierten, dass das Papier die zahlreichen Probleme der Atomkraft hinter wohlklingenden Formulierungen und rhetorischen Tricks verstecke. Beispielsweise heißt es in dem Bericht, dass neue Reaktoren der sogenannten 3. Generation zu einer Erhöhung der Sicherheit führen würden – obwohl kein einziger Reaktor diesen Typs in Europa am Netz ist und sich die in Bau befindlichen Reaktoren in Flamanville, Hinkley Point und Olkiluoto durch massive technische Probleme auszeichnen. Der Bericht sieht auch das Atommüll-Problem als gelöst an, weil der Strahlenmüll ja in tiefengeologischen Lagern deponiert werden könnte – auch hier, ohne darauf einzugehen, dass dieses Versprechen bereits Jahrzehnte alt ist, und ohne dass weltweit auch nur ein einziges funktionierendes tiefengeologisches Atommüll-Lager in Betrieb wäre.

Insgesamt nimmt der Bericht Probleme der Praxis gar nicht erst in den Blick, da er nur auf Theorien, Gesetze und Modelle schaut. Probleme, die auch durch diesen Trick nicht auszublenzen sind, entschärft er unter Verweis auf zukünftige oder hypothetische technische Entwicklungen. Beides sind Muster, mit denen

Atomkraftbefürworter*innen seit vielen Jahren argumentieren.

De facto ist die Einordnung der Atomkraft im Rahmen der Taxonomie ein politischer Prozess, bei dem wissenschaftliche Fakten gerne auch mal übergangen werden. Dies zeigen schon die weiteren Aktivitäten: Kurz vor Bekanntwerden des JRC-Berichts wandte sich der französische Präsident gemeinsam mit den Regierungschefs sechs weiterer Länder an die EU-Kommission und forderte erneut eine „aktive“ EU-Unterstützung für Atomenergie.

Zuletzt gab es Gerüchte, dass Frankreich hinter den Kulissen darauf hinwirke, den allgemeinen politischen Prozess der Taxonomie so lange aufzuschieben, bis der „geheime“ JRC-Bericht intern geprüft sei – um zu vermeiden, dass die Taxonomie ohne Entscheidung über die Atomkraft-Frage verabschiedet wird. Dieser Vorstoß scheiterte. Stattdessen soll nun zusätzlich auch die Entscheidung zu fossilem Gas ausgegliedert werden.

Showdown im Herbst

Die Auseinandersetzung um die Einstufung der Atomkraft geht damit weiter. Spätestens ab Juni, nach mehrmonatiger geheimer Begutachtung des JRC-Berichts, wird sie erneut in der EU-Kommission und im Europäischen Parlament diskutiert werden. Der Haltung der Bundesregierung wird dabei eine Schlüsselstellung zukommen. Gegen den erklärten Willen Deutschlands wird Atomkraft nur schwer in die EU-Taxonomie aufgenommen werden können. Allerdings droht nun erneut eine Art Kuhhandel: Deutschland hat nämlich großes Interesse, dass auch Erdgas-Projekte in der Taxonomie als „nachhaltig“ eingestuft werden. Deshalb ist es wichtig, öffentlich Druck gegen die Aufnahme von sowohl fossilem Gas als auch Atomkraft in die Taxonomie zu machen.

Umwelt-Staatssekretär Jochen Flasbarth zufolge will das Umweltministerium einer „Einstufung von Atomkraft als ‚nachhaltig‘ niemals zustimmen, weil es schlicht falsch wäre.“ Als Entwarnung darf man das jedoch nicht werten – auf die Meinung des Umweltministeriums kommt es im Zweifelsfall am Ende nicht an. Die Begründung aber ist richtig – und daran gilt es die Bundesregierung zu erinnern, insbesondere die Bundeskanzlerin, den Bundesfinanzminister und den Wirtschaftsminister. Länder wie Österreich, Dänemark oder Luxemburg vertreten die Forderung nach dem Ausschluss von Atomkraft in Brüssel bisher jedenfalls deutlich klarer.

Julian Bothe

Atomare H₂ Hoffnung

Hintergrund | In einem klimaneutralen Europa wird Wasserstoff eine wichtige Rolle spielen. Doch setzt sich die Atomlobby durch, könnte der für die Wasserstoff-Erzeugung benötigte Strom am Ende nicht nur aus erneuerbaren Energien stammen – sondern auch aus AKW

Wasserstoff gilt als Schlüssel, um insbesondere in der Stahlindustrie, Grundstoff- und Chemieindustrie sowie bei Schwerlasttransporten und Schifffahrt fossile Brenn- und Rohstoffe zu ersetzen. Entscheidend ist dabei, auf welche Weise die dafür benötigten großen Mengen Wasserstoff gewonnen werden. Dafür gibt es verschiedenfarbige Bezeichnungen: „Grauer“ und „blauer“ Wasserstoff wird durch Umwandlung von Erdgas gewonnen, „grüner“ Wasserstoff mit Strom aus Erneuerbaren Energien und „gelber“ Wasserstoff mit Strom aus Atomkraft.

Der Streit um die Förderung der Atomkraft in der EU spiegelt sich deshalb auch in der Auseinandersetzung um die europäische Wasserstoffstrategie wieder. Die EU-Staaten teilen sich dabei grob in zwei Lager auf: Die einen wollen nur „grünen“ Wasserstoff, der ausschließlich aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, unterstützen. Die anderen wollen alle „CO₂-armen“ Techniken zulassen – worunter in ihren Augen sowohl „gelber“ Wasserstoff aus Atomenergie als auch „blauer“ aus Erdgas zählt, bei dem das anfallende CO₂ energieaufwändig abgeschieden und unterirdisch gelagert wird (CCS). Dieses Greenwashing von Atomkraft und fossilem Erdgas hätte fatale Folgen.

Längere Laufzeiten und neue AKW?

Als großtechnologischer Entwurf bietet die Wasserstoffstrategie verschiedenste technische Anknüpfungspunkte und neue Legitimierungs- und Finanzierungsmöglichkeiten für die Atomkraft. So können Atomkraftwerke ihre Leistung

nur sehr begrenzt regeln, weswegen sie mit den dynamischen Erneuerbaren Energien inkompatibel sind. Für die Atomindustrie wäre die Wasserstoff-Produktion aus Atomstrom deshalb eine sehnsüchtig herbeigesehnte Krücke: Nicht benötigter Atomstrom könnte dann in Wasserstoff umgesetzt und gespeichert werden. Dies könnte die Rentabilität von AKW und die finanzielle Liquidität der Atomkraftbetreiber verbessern. Unterm Strich könnten damit sowohl Laufzeitverlängerungen als potenziell sogar neue AKW ökonomisch attraktiver werden. Entscheidend dafür ist Zweierlei: Ob Atomkraft innerhalb der EU-Taxonomie als nachhaltig eingestuft (s. S. 18/19) und ob Wasserstoff aus Atomkraft als förderfähige Technologie im Rahmen der EU-Wasserstoffstrategie anerkannt wird; beides würde sich wechselseitig verstärken. Daneben spielt eine Rolle, ob und wie schnell sich der Wasserstoffmarkt entwickelt. Insbesondere Länder mit einem großen Atomkraftwerkspark wie Frankreich haben deshalb ein großes Interesse an einer schnellen europäischen Umsetzung der Wasserstoffstrategie: Sie hoffen auf neue Einnahmequellen für ihre überschuldete staatliche Atomindustrie. Kein Wunder also, dass Frankreich als erstes Land in Europa überhaupt eine nationale Wasserstoffstrategie beschlossen hat. Diese schließt, im Gegensatz zu der in Deutschland diskutierten, die Wasserstoffgewinnung aus Atomstrom mit ein. Auch osteuropäische Länder wie die Slowakei, Ungarn, Tschechien, Polen und Rumänien setzen beim Wasserstoff auf Atomstrom.

Atom-Subventionen durch die Hintertür

Bis jetzt gibt es keinen „gelben“ Wasserstoff. Die ehrgeizigen Förderpläne für Wasserstoff in der EU, aber auch von Staaten wie Frankreich und Deutschland, lassen jedoch aufhören. Da die deutsche Stahlbranche und die chemische Industrie ein großes Interesse an enormen Mengen Wasserstoff haben, besteht in Zukunft die Gefahr, dass sie mit „gelbem“ Wasserstoff beliefert werden, der etwa mit französischem Atomstrom erzeugt wurde. Es wird sich in den nächsten Monaten zeigen, wie sich die deutsch-französische Wasserstoff-Allianz ausdifferenziert und welche „Projekte von besonderem europäischen Interesse“ (IPCEI-Projekte) beim Bundeswirtschaftsministerium eingereicht werden. Bei IPCEI-Projekten sind staatliche Subventionen möglich, was für die Atomindustrie besonders wichtig ist.

Das Thema der europäischen Wasserstoffstrategie, und welche Rolle gelber Wasserstoff dabei spielen soll, wird beim Treffen der EU-Energieminister*innen im Juni 2021 auf der Agenda stehen. Die Bundesregierung muss dabei jeder Förderung von gelbem Wasserstoff und der damit verbundenen indirekten Förderung der Atomkraft eine deutliche Absage erteilen. Ebenso muss sie ein Importverbot für „gelben“ Wasserstoff erlassen. Voraussetzung dafür ist eine eindeutige und verbindliche Klassifizierung von Wasserstoff, die seine Herstellungsart transparent macht.

Timo Luthmann

.ausgestrahlt-Shop

Weil Engagement gegen Atomkraft keine Frage des Geldbeutels sein soll, ist das gesamte Sortiment des .ausgestrahlt-Shops kostenlos erhältlich. .ausgestrahlt übernimmt sogar Deine Versandkosten. Wir freuen uns, wenn Du die Produktion des Materials mit einer solidarischen Spende unterstützen kannst. Bestellung nur online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: www.ausgestrahlt.de/shop

Vollständig überarbeitet: Ausstellung „Standortsuche Atommüll-Lager“

Mit Infos und Grafiken zur Suche nach einem Langzeit-Lager für hochradioaktiven Müll.
Set aus 7 Plakaten DIN A0 – V-302-15



STANDORTSUCHE ATOMMÜLL-LAGER

Atommüll-Zeitung Nr. 3

Hintergründe, Einschätzungen und kritische Analysen zum „Zwischenbericht Teilgebiete“, den die BGE am 28. September veröffentlicht hat.
„taz“-Format, vierseitig – M-302-50



Broschüre „Atommüll-Lager per Gesetz“

Kritische Anmerkungen zum Standortauswahlverfahren.
Vollständig überarbeitete 3. Auflage, Okt. 2020
A6, 48 Seiten – M-302-23



Flyer „Fehlstart Standortsuche“

Der Staat sucht ein Atommüll-Lager – die wichtigsten Kritikpunkte.
Vollständig überarbeitete 7. Auflage, Okt. 2020
DIN lang, achtseitig – M-302-30



Flyer „Das Märchen von der Transmutation“

Warum der Atommüll nicht weggezaubert werden kann, sondern bleiben wird.
DIN lang, achtseitig – M-309-21



Flyer „Stiftung Atomerbe“

Das Vermächtnis der Anti-Atom-Bewegung. Eine Stiftung für mehr Sicherheit bei der Atommüll-Verwahrung.
DIN lang, sechseitig – M-222-04



KLIMA UND ATOM

Plakat „Irrweg in der Klimakrise“

Warum Atomkraft keine Antwort auf den Klimawandel ist.
A2 – M-309-20



Broschüre „Irrweg in der Klimakrise“

Warum Atomkraft keine Antwort auf den Klimawandel ist.
A6, 40 Seiten – V-309-04



TSCHERNOBYL & FUKUSHIMA

Ausstellung „Fukushima, Tschernobyl und wir“

Mit Infos, Bildern, Grafiken zu den beiden größten Atomkatastrophen. Überarbeitete Neuauflage, März 2021.
15 A1-Plakate – V-310-01
! Bestellung nur über shop@ausgestrahlt.de



Broschüre „Tschernobyl und Fukushima“

Fragen und Antworten zu den beiden bisher größten Atomkatastrophen.
Hrsg.: .ausgestrahlt und IPPNW – aktualisierte Neuauflage Januar 2021
A6, 40 Seiten – V-125-12



.ausgestrahlt

.ausgestrahlt-Magazin Nr. 51

Zum Auslegen und Verteilen.
A4, 24 Seiten – M-121-51





Zehn Jahre Atomkatastrophe Fukushima

„Nie wieder!“ – das Bild der explodierenden Reaktoren von Fukushima prangt Mitte März in mehr als 50 Städten von großen Plakatwänden. Darunter die Forderung: „Alle Atomkraftwerke abschalten!“ .ausgestrahlt hat die Plakate organisiert, Hunderte Atomkraftgegner*innen haben geeignete Plätze ausgesucht und/oder für die Aktion gespendet. Vielerorts berichtet die Lokalpresse. In rund 35 Städten erinnern Atomkraftgegner*innen zudem mit (pandemie-konformen) Fukushima-Mahnwachen an den zehnten Jahrestag der Atomkatastrophe – und daran, dass auch in Deutschland noch immer sechs Atomkraftwerke am Netz sind. In Berlin gehen rund 200 Atomkraftgegner*innen auf die Straße, in der Kieler Innenstadt bilden 120 eine Anti-Atom-Menschenkette. In Neckarwestheim ziehen sogar 500 Protestierende mit Fahnen und Transparenten und unter Wahrung von Corona-Abstandregeln zum AKW (siehe unten), weitere 200 haben eine Botschaft geschickt.

52 Umweltverbände, Jugendorganisationen, Anti-AKW-Initiativen und weitere gesellschaftliche Organisationen unterstreichen zudem auf Initiative von .ausgestrahlt in einer gemeinsamen Deklaration ihre Ablehnung der Atomenergie und fordern eine echte Energiewende und 100 % Erneuerbare Energien.

Eine von .ausgestrahlt rund um den Fukushima-Jahrestag organisierte Veranstaltungsreihe mit Online-Vorträgen zu einem Dutzend Atom-Themen zählt mehrere Hundert Besucher*innen. Video-Mitschnitte der jeweils 45-minütigen Vorträge findest Du unter [ausgestrahlt.de/jahrestage](https://www.ausgestrahlt.de/jahrestage)



Fotos: privat

Unerkannter INES-2-Störfall in Neckarwestheim

Einer der ehemals ranghöchsten Atomaufseher im Bundesumweltministerium, Dieter Majer, bestätigt in einer gutachterlichen Stellungnahme, wovor .ausgestrahlt seit 2018 warnt: Dass im AKW Neckarwestheim-2 Risse unbemerkt so weit wachsen können, dass Rohre spontan abreißen können. Dies würde einen schweren Kühlmittelverluststörfall verursachen, der sich bis zur Kernschmelze entwickeln kann.

Der einem grünen Umweltminister unterstellten Atomaufsicht in Stuttgart wirft Majer schwere Versäumnisse vor. Die seit 2018 erstmals entdeckten Risse, verursacht durch die gefährliche Spannungsrissskorrosion, seien als INES-2-Ereignis und damit offiziell als „Störfall“ zu werten und an die IAEA zu melden. Das Ministerium hingegen verneint bis heute jede Gefahr. Eine Interview-Anfrage des SWR, der Majers brisante Expertise publik macht, lässt es unbeantwortet.

Am 7. März ziehen rund 700 Atomkraftgegner*innen vor den Riss-Reaktor und fordern dessen sofortige Stilllegung. Im .ausgestrahlt-Redebeitrag erklärt Armin Simon, warum gerade Rohre, die nicht lecken, die akute Gefahr in Neckarwestheim belegen. Mehr dazu auf **Seite 12/13**; SWR-Beitrag, Gutachten und Rede findest Du auf [ausgestrahlt.de/akw-neckarwestheim](https://www.ausgestrahlt.de/akw-neckarwestheim)



Fotos: Julian Reitzig

Kein Öko-Label für Atomkraft!

Mit offenen Briefen, Presseerklärungen, in Hintergrundgesprächen und mit Social-Media-Aktionen macht .ausgestrahlt – oft im Bündnis mit anderen Umweltorganisationen – die Versuche der Atomlobby öffentlich, neue AKW, Atomtechnik und Laufzeitverlängerungen auf EU-Ebene als „nachhaltige Geldanlage“ zu labeln. Hintergrund ist der Plan der EU, in einer Taxonomie Regeln für „grüne“ Finanzprodukte zu definieren. Unter anderem wegen des öffentlichen Drucks scheitert Mitte April zumindest der Vorstoß Frankreichs, der Atomindustrie das begehrte Label gleich auf dem kurzen Dienstweg zu besorgen. Vom Tisch ist das Thema damit allerdings nicht: Die Entscheidung soll nun bis Ende des Jahres fallen. Mehr dazu auf **Seite 18–20** sowie unter [ausgestrahlt.de/eu-taxonomie](https://www.ausgestrahlt.de/eu-taxonomie)



Teilgebiete-Konferenz

Bei der vom Atommüll-Bundesamt veranstalteten „Fachkonferenz Teilgebiete“ zur Standortsuche für ein Atommüll-Tiefenlager wird Partizipation nur simuliert. .ausgestrahlt informiert daher auf eigenen Online-Veranstaltungen und hilft, außerhalb der offiziellen Formate, Betroffene zu vernetzen. Auch in den Medien erläutert .ausgestrahlt die Mängel des Standort-Suchverfahrens und macht Vorschläge, wie es anders und besser gehen könnte. .ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay nimmt es dabei im „Deutschlandfunk“ gleich mit drei Vertretern staatlicher Institutionen auf: Bundesamts-Präsident Wolfram König, BGE-Chef Steffen Kanitz und Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies.

[ausgestrahlt.de/standortsuche](https://www.ausgestrahlt.de/standortsuche)

„Funk“ muss Pro-Atom-Werbefilm nachbessern

Nach einer Programmbeschwerde von .ausgestrahlt gegen einen vor Falschassagen und Halbwahrheiten nur so strotzenden Atomkraft-Werbefilm, der im öffentlich-rechtlichen Online-Angebot „Funk“ für junge Leute erschienen ist, hat ZDF-Intendant Thomas Bellut eingeräumt, „dass die Gefahren der Atomkraft innerhalb der konkreten Fragestellung des Videos stärker betont werden können“. Die Redaktion werde das Video diesbezüglich „anpassen“ und auf der Endcard auch atomkritische Videos verlinken. Im überarbeiteten Beitrag, am 11. April erneut eingestellt, ist nun zumindest kurz einmal die Rede von Atomgefahren und störungsanfälligen AKW. Den Grundtenor des Films und seine zum Teil grotesk falschen Behauptungen und Unterstellungen ändert das allerdings nicht.



Screenshot: funk / youtube

